

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pfg. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Russland 3 Mk. 75 Pfg. Monat. Einget.
in der Post-Verwaltung. Preisliste
für 1895 unter Nr. 7198.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 26. November 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Die Weltlage ist so bewegt, daß sie mehr und mehr das Interesse jedes denkenden Menschen in Anspruch nehmen muß. Die Umsturzvorlage ist zwar gefallen, allein der Umsturz von oben wird eifrig fortgesetzt. Namentlich richten die Anstrengungen der reaktionären Parteien sich gegen das allgemeine Wahlrecht und das gleiche Recht der proletarischen und besitzenden Staatsbürger. Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse soll politisch entrechtet werden. Und der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, um die Rechte des Volkes muß vor allem in der Presse geführt werden. Die Presse ist die mächtigste Waffe des Volkes — und diese Waffe zu stärken, ist Pflicht des Volkes.

Jetzt, wo man unsere Partei ohne Ausnahme ge-
seht durch Majestätsbeleidigungs-Prozesse, Verurteilungen wegen groben Unfugs u. s. w. mundtot zu machen sucht und der Parteipresse die Existenzbedingungen möglichst zu rauben sucht, ist es doppelt notwendig, daß das Volk für seine Presse eintritt.

Die Redaktion des „Vorwärts“, deren Mitglieder in der Mehrzahl fest gefangen oder zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt sind, wird fortfahren, ihre Schuldigkeit nach besten Kräften zu thun. Sie rechnet aber auch darauf, daß die Genossen ihre Schuldigkeit thun und unermüdlich für die weitere Ausdehnung unseres Leser- und Abonnentenkreises thätig sind. Jeder neue Abonnent ist für uns und für die Partei ein Wachstum.

Wir fordern daher die Genossen auf, ohne Unterlaß für die Verbreitung des „Vorwärts“ zu arbeiten.

In unserem Feuilleton veröffentlichen wir jetzt einen in der Gegenwart spielenden, hochinteressanten Roman: „Der Verrückte“, welcher die Vernichtung eines hoffnungsvollen Menschenlebens durch kirchlichen Fanatismus darstellt und ähnliche Zustände beleuchtet, wie sie jüngst durch einen sensationellen Prozeß aufgedeckt worden sind. Nach

Beendigung dieses Romans — etwa Mitte des nächsten Monats — werden wir mit dem Abdruck eines Original-Romans aus der Gegenwart: „Eloisbe“ von H. W. M. von Walthausen beginnen, der in einer deutschen Residenzstadt spielt und tiefe Blicke in das Leben der „guten Gesellschaft“ thun läßt.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 Mk. für den Monat Dezember

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Massen-Hausdurchsuchungen in Berlin.

Die Polizeithaten gegen die Sozialdemokratie, welche unter dem Septemberkurs so ungemein dazu beigetragen haben, unserer Partei neue Regionen begeisterter Anhänger zu verschaffen, sie sind am Montag durch eine Centralaktion weitestens umfanges vervollständigt worden. In den Morgenstunden zwischen 8 und 10 Uhr ist nämlich in der Redaktion des „Vorwärts“, auf dem Bureau des Parteivorstandes, in den Privatwohnungen von Singer und Bebel, sowie bei fast sämtlichen Berliner Parteigenossen, die irgend ein Amt in ihrem Wahlverein, in der Lokalkommission, in der Pressekommision oder als Vertrauensleute inne haben, auf das gründlichste gehäusucht worden. Als Grund für diese Maßregel wurde angegeben, daß man Veremismaterial suchen wolle, aus dem sich ein mutmaßliches Vergehen gegen die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes ergebe. Beschlagnahmt wurde alles Mögliche: Rassenbücher der Wahlvereine, Sammelbonds, Sammelisten, Notizbücher, Briefstaschen, Abrechnungstabellen der Offener Sammlungen, sowie Privatbriefe verschiedenster Art.

Was Staatsanwalt und Polizei mit dieser großen Aktion bezwecken, wird ja bald ans Tageslicht kommen. Es wäre nicht das erste Mal, daß man versuchen würde, auf Grund des Vereinsgesetzes die Organisation unserer Partei zu zerstören.

Unsere Partei hat indes unter allen möglichen Verfolgungen, die man wiederholt vermittelt einer subtilen Auslegung des heutigen „Vereinsgesetzes“ gegen sie unternahm, wie keine andere lernen müssen, sich vorsichtig mit dem bestehenden Gesetze abzufinden. Sie sieht in dem Verwurfssein den kommenden Dingen

entgegen, daß nichts die Solidarität, das geistige Band, das die Millionenheer ihrer Anhänger verbindet, zu lockern vermag. Auch dieser neueste Versuch, die sozialdemokratische Partei zu schädigen, wird, was auch seine äußerliche Wirkung sein mag, unseren Feinden, und nicht uns schaden!

Die Paragraphen des Vereinsrechts, auf die sich die haussuchenden Beamten bei der Ausführung ihres Auftrages beriefen, lauten:

§ 8. Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen:

a) sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen;

b) sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. Werden diese Beschränkungen überschritten, so ist die Vereinsbehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Vertheilung gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens den Verein bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung (§ 16) zu schließen. Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung (§§ 5, 6) vorhanden.

§ 16. Wenn ein politischer Verein die in § 8 a) und b) gezogenen Beschränkungen überschreitet, so haben Vorsteher, Ordner und Leiter, die diesen Bestimmungen entgegengehandelt haben, eine Geldbuße von 15 bis 150 Mk. oder Gefängnis von 8 Tagen bis 6 Monaten verwirkt. Der Richter kann außerdem nach der Schwere der Umstände auf Schließung des Vereins erkennen. Auf diese Schließung muß erkannt werden, wenn Vorsteher, Ordner oder Leiter sich wiederholt strafbar gemacht haben.

Wer sich bei einem auch nur vorläufig (§ 8) geschlossenen politischen Verein als Mitglied ferner betheiligt, wird mit Geldstrafe von 15—150 Mk., oder Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu 3 Monaten bestraft.

Wer der Vorschrift des § 8a entgegen sich als Mitglied aufnehmen läßt, hat eine Geldstrafe von 15 bis zu 150 Mk. verwirkt.

Wenn die Polizeibehörde einen politischen Verein geschlossen hat (§ 8), so ist sie gehalten, binnen 48 Stunden nach der Schließung davon und von den Gefährlichkeiten, welche zur Schließung Anlaß gegeben haben, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen. Findet die Staatsanwaltschaft die angeblichen Gefährlichkeiten nicht geeignet, eine Anklage darauf zu gründen, so hat die Ortspolizeibehörde auf die ihr durch die Staatsanwaltschaft binnen weiteren 8 Tagen zu ertheilende Nachricht die Schließung des Vereins aufzuheben. Anderenfalls muß die Staatsanwaltschaft, ebenfalls binnen 8 Tagen, entweder die Anklage erheben oder binnen gleicher Frist die Voruntersuchung beantragen. Alldann ist vom Gerichte sofort Beschluß darüber zu fassen, ob die vorläufige Schließung des Vereins bis zum Erkenntnis in der Hauptsache fortzudauern soll.

geleitete Saat hinweg, und stampfte tiefe Löcher in die zarte Erde. Der Abend sank in das Thal herab und in der Ferne schimmerten Lichter.

Gattl hielt einen Augenblick ein, halb besinnungslos mit schaumbedecktem Munde, ohne Athem, und lehnte sich an eine Pappel. Er befand sich auf der Landstraße und in der Ferne vermochte er den hohen Thurm von Mariakirchen zu erkennen. Schwerfällig taumelte er weiter und gelangte zu den ersten Häusern des Ortes, als es Nacht wurde. In der ruhigeren Gegend begann er wenigstens wieder klarer zu denken und zu überlegen. Er war zu Tod erschöpft und konnte sich kaum mehr aufrecht halten. Um sich etwas zu sammeln und von der Anstrengung des Laufes zu erholen, wandte er in die erste Schenke, die er antraf, und ließ sich auf eine Bank fallen. Mehrere Zuhörer saßen in der armenigen Spelunke an einem runden Tische, doch keiner betrachtete den Eintretenden. Eine Kellnerin brachte dem Lehrer Brot und Bier und stellte ihm ein Kerzenlicht hin, das in einer Glasglocke brannte. Aber er hatte für die Aufmerksamkeit der Dirne weder ein Wort noch einen Blick. Er berührte das Getränk nicht und ließ die Semmeln liegen. Alle Gedanken waren auf den nächsten Tag gerichtet. Was nun? rief es in ihm. Was nun? Zum Dank gehen? Alles reumüthig eingestehen und um Verzeihung bitten? Was das wohl nützte! Auf's Bezirksamt viel leicht und noch einmal eine Szene erleben, wie die unvergeßliche vor dem Herrn Assessor? Nein! Also, nach Oberbach zurück? Nein, nein! Von dort war er ja eben geflohen, als ein Dieb, der ein amtliches Dokument unterschlagen hatte! Nun erst kam es wieder über ihn, was er in seiner wahnsinnigen Angst begangen hatte.

Er lehnte den Rücken an die schmierige Wand der Gaststube und streckte die Beine aus sich. Dann fuhr er mit beiden Händen in die Hosentaschen und glotzte auf den hölzernen Lichtständer, unter dem ein Zeitungsblatt lag.

Eine gute Weile saß er so, ohne sich zu rühren.

33

Ein Verrückter.

(Nochdr. verboten.)

Rampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Ruederer.

Er griff sich in die Haare und zog an dem festgehaltenen Büschel, als wollte er den Schädel in Stücke reißen. Dabei lief er durch das Zimmer und murmelte beständig: „Der Brief, der Brief.“ Was enthielt er nur? Er mußte es wissen, koste es, was es wolle!

Die sichere Überzeugung, daß hier etwas Schreckliches im Gange war, raffte ihn zu einer Energie auf, die ihn das Aeußerste unternehmen ließ.

Schleunig verließ er das Zimmer und polterte die Treppe hinab. Dann fauchte er dem Postboten nach. Unten im Dorfe sah er ihn gemächlich dahindämmeln.

„Raspar! Raspar!“ kam er athemlos herbeigerannt. „Ach, ich bin glausen!“ lachte er. „Derrgott, bin ich glausen, Raspar, Sie... Sie... passen Sie auf, Raspar, Sie sollen mir den großen Brief wiedergeben, hat der Benefiziat g'lagt, es is ihm noch was eing'fall'n, glaub i.“

Ohne jeden Argwohn öffnete Raspar seine Ledertasche und suchte.

„Den da?“ fragte er endlich und hielt ein großes Schreiben in die Höhe.

„An die königliche Distrikts-Schulinspektion zu Maria-kirchen. Zu Händen des Herrn Dekan Hauber,“ las Gattl und erblachte.

„Ja, der is' s'cho, Raspar.“

„Da haben Sie ihn. Adje, Herr Lehrer.“

„Adje, Raspar.“

Als der Postbote seines Weges gegangen war, sah sich Gattl nach allen Seiten um und eilte, den Ellenbogen auf die klopfende Brust gestemmt, wo das Schriftstück geborgen lag, mit trippelnden Schritten um das ganze Dorf. Er

meinte sein Schicksal mit sich herum zu tragen und ein seltsam juckendes Gefühl in den Armen ließ ihn die Hände reiben. Er hatte noch alles in seiner Gewalt, der Brief gehörte ihm, ihm ganz allein. Ja, ha! So leicht sollte er ihm nicht entrißen werden. Nein, nein, nein! Es weiß ja noch niemand etwas davon, der alte Dekan nicht, das Bezirksamt nicht, die Regierung nicht, nur er allein weiß etwas!

Am ganzen Körper zitternd trat er in ein kleines Gehölz und hielt den Brief gegen die Sonne. Vergebens! Das starke Kanzleipapier verrieth keinen Schriftzug. Gattl drehte es nach rechts und links und rieb mit beiden Händen an den glatten Flächen.

„Ich hab's noch, ich hab's noch,“ murmelte er und lächelte merkwürdig. „Ich hab's noch!“

Blötzlich riß er das Konvert in Fäden. Erst er schrad er bestig über diesen Gewaltstreich, den er ausgeführt hatte, er mußte selbst nicht wie, dann aber leg der Briefbogen auseinander und Gattl's Augen irrten über die großen Buchstaben hinweg. Er übersprang einige Zeilen und suchte eilig nach jenen Worten, die ihm sofortige Gewißheit verschaffen konnten. Halt! Da stand sein Name, dort las er Anna Valder — Schande — Unsitlichkeit — Vergerniß — schamloses Verhältniß — strenge Bestrafung — verharre — Ehrfurcht —

Einen wahnsinnigen Schrei stieß der Lehrer aus und rannte vor das Gehölz. Geradenwegs jagte er über die Felder dahin und hielt dabei den zerknitterten Brief in der Rechten. Zimmer weiter und weiter stürmte er zu, als ob ihn der Satan verfolgte. Er merkte nicht, was er niedertrat und wohin die Verzeihung ihn jagte. Nur das fühlte er noch, daß ihm in dem leuchtenden Laufe wohlte war, als wenn er in dumpfem Dahinbrüten den Unheilsbrief anstarrte, den er jetzt in die Tasche schob.

Bäume, Hügel, Berge huschten an ihm vorbei. Bald tappte er in eine Biesenquelle, dann jagte er über die auf-

Die Glas hütte den Glasarbeitern.

Paris, den 23. November 1895.

Die Arbeitseinstellung, oder richtiger die Arbeitsaussperrung der Glasarbeiter von Carmaux hat ein ungewöhnliches Ende genommen. Die großen Streiks in England vor 40 und 50 Jahren hatten oft eine Vervollkommenheit der Werkzeuge und Maschinen zur Folge: der besiegte Unternehmer machte seine Niederlage wieder gut, indem er die Produktionsinstrumente umgestaltete, wodurch es ihm möglich wurde, einen Teil der Arbeiter, die als Sieger zu ihm zurückgekehrt waren, wieder auf Pflaster zu setzen. Und die Weggejagten, der Existenzmittel beraubt, kamen dann schließlich zurück, um die Gnade der Besiegten von gestern anzuflehen, und nahmen die Arbeit unter schlimmeren Bedingungen auf als denen, die zum Streik getrieben. Die Streiks waren damals eine der mächtigsten Anreize für den mechanischen und maschinellen Fortschritt der Industrie. Die Glasarbeiter von Carmaux, denen es nicht gelungen ist, ihren Unternehmer Mességuier zu schlagen, sind gezwungen worden, zur Beendigung des Streiks sich selber in Unternehmer zu verwandeln. Sie sind im Begriff, eine Glas hütte zu gründen: die Glas hütte wird den Glasarbeitern gehören. Der Gang der Dinge hat ihnen dieses Kußrezept aufgedrängt. So lange sie auf den Sieg hofften, hatten sie den Rath, der wiederholt ihnen gegeben ward, von sich gewiesen: sie sollten die tausende von Franken, die täglich in die Streikasse flossen, dazu verwenden, neben der Glas hütte ihres Brotherrn ein Konturrengeschäft zu errichten.

Aber sie kämpften gegen einen hochmüthigen und unversöhnlichen Unternehmer, der über 70 Jahre alt ist und, halbsüchtiger als ein Rauschler, ihnen erklärte, er werde lieber eine Million opfern, als nachgeben.

Die Glas hütte von Carmaux gehört einer anonymen Aktien gesellschaft, deren Präsident Mességuier ist. Einen Augenblick schenkt es, als wollten die Aktionäre gegen den jähzornigen und unvernünftigen Greis rebellieren. Der Vizepräsident legte sein Amt nieder unter Protest gegen die Handlungsweise seines Präsidenten; aber Mességuier lachte ihn aus — er besaß für sich allein über die Hälfte aller Aktien der Glas hütten Gesellschaft; er bleibt also Herr und Meister. Die übrigen Glasarbeiter Frankreichs machten gemeinsame Sache mit ihm; sie ermunterten ihn zum Widerstand, obgleich dieser selbe Mességuier vor wenigen Jahren dem Syndikat der Glasarbeiter mehrere tausend Franken gezahlt hatte, damit sie einen allgem. Streik verstanden sollten, um die übrigen Glasarbeiter zur Zahlung der nämlichen Lohnsätze wie in Carmaux zu nöthigen. Aber angesichts freilebender Arbeiter wissen die Herren Unternehmer ihre hässlichen Fäustereien und Streitspiele zu vergessen.

Die Regierung hatte in skandalöser Weise die Partei des Herrn Mességuier ergriffen, sich ihm zur Verfügung gestellt. Der Präfect des Tarn-Departements, Doux, handelte, als ob er in seinem Sold wäre: zum großen Erschauern selbst der wenig Unparteiischen wachte er amüsiert der Eröffnung eines der Hochöfen bei, den man wieder geheizt hatte, und schöpfte eigenhändig den ersten Löffel der flüssigen Masse für die erste Flasche heraus. Während sich unter der Leitung von Jaurès die Arbeiterbevölkerung durch ihre Ruhe und Gefegsamkeit auszeichnete, schickte Vergues, der Minister des Innern, Rodspiegel nach Carmaux, um die Arbeiter aufzureizen; und es wurde auch ein Attentat auf Mességuier verübt, das aber verunglückte, und dessen Urheber zu finden man sich wohl hätte.

Als Jaurès in der Kammer seine niederschmetternde Interpellationsrede hielt, war Mességuier in einer der reservirten Bogen — er wollte sehen, ob der Minister seine Befehle ausführte.

Jaurès erfocht einen parlamentarischen Sieg über das Ministerium, das zwei Tage später zusammenfiel. Allein das berührte Mességuier gar nicht; denn das Ministerium Bourgeois folgte dem Ministerium Ribot. Um sich den Schein zu geben, als wollte er für die Streikenden etwas thun, schlug Bourgeois dem Mességuier ein Schiedsgericht vor. Mességuier antwortete brutal: „Ich bin Herr in meinem Hause, niemand hat ein Recht, sich zwischen mich und meine Leute zu stellen.“ Dieser Emporkömmling, der sich rühmt, Arbeiter gewesen zu sein, betrachtet die Arbeiter als seine Bedienten, seine Leibeigenen.

Bourgeois und seine Radikalen besaßen ein Mittel, diesen frechen Patron zur Vernunft zu bringen. Das Ministerium Ribot hatte dem Mességuier den Präfecten, die Polizei, die Gendarmerie, die Magistratur (Staatsanwaltschaft und Gerichte) zur Verfügung gestellt. Und weil er sich so kräftig unterstützt sah, war er so insolent geworden. Das Ministerium Bourgeois hätte also damit beginnen sollen, den Präfecten Doux abzusuchen, der die somole „Neutralität“, welche die Regierung in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit zu üben behauptet, so schwach verlegt hatte; und es hätte die Soldaten und Gendarmen, welche nach Carmaux geschickt worden waren, zurückziehen müssen, denn es gab keine Anordnungen zu unterdrücken, außer den Schlagereien, die von den Rodspiegeln veranstaltet wurden. Statt dessen behielt Herr Bourgeois den Präfecten Doux

Seine Augen hatten sich nach und nach auf einen bestimmten Punkt des weißen Bogens konzentriert, der ihm durch den fetten Druck aufgefallen war. Für sich wiederholte er ganz mechanisch die beiden Worte, die da standen, und las sie immer wieder ab, ohne sich darüber das mindeste zu denken.

Höher Besuch.

So war ein Artikel überschrieben.

Höher Besuch.

Ein elendes Leben! Was wird aus Anna werden? Was wird Valder sagen? Und was fängt man jetzt an? Was will man werden? Schreier auf einem Ansegericht? Bei einem Gerichte? Die Sperren einen Dieb ein, aber sie stellen ihn nicht an! Einen — Dieb!

Höher Besuch.

Aber was dann! Leben muß man doch und das arme Mädel soll doch vor der Schande gerettet werden. Sieht es denn kein Mittel, keinen Ausweg mehr?

Höher Besuch.

Hilft uns denn niemand?

Höher Besuch.

Diesmal überlegte der Lehrer den Sinn dieser eigen thümlichen Ueberschrift. Er wiederholte halblaut die beiden Worte und neigte sich zu dem Blatte herab. Da überließ es ihn eiskalt. Er riß die Hände aus den Taschen und hielt die Zeitung, die in verschönderten Buchstaben den Titel:

Marialkirchener Bote

trug, an das Licht. Was stand da geschrieben? Wie in früheren Jahren, so ist auch heute wieder Se. Excellenz der Herr Unterrichtsminister Dr. v. Schulz, unser hochverehrter Gast, mit seiner geehrten Familie in unser so herrliches Thal zum Landaufenthalt gekommen. Die dankbare Bevölkerung Marialkirchens hat aus dem freundigen Anlaß der fünfmaligen Wiederkehr Sr. Excellenz beschloffen, eine große Feier zu veranstalten und findet dieselbe heute, am 3. Juni, abends acht Uhr, im Gasthof zum Elefanten statt, wozu Se. Excellenz ihr gütiges Erscheinen zuzusagen die hohe Freundlichkeit hatten.

(Fortsetzung folgt.)

im Amte, der, so lange er seinen Platz zu verlieren fürchtete, versöhnlich geworden war, aber sofort wieder brutal wurde, als er sah, daß die Regierung ihn nicht anzuerkennen wagte, aus Angst vor Mességuier und vor den anderen Glasarbeiter, die ein Interesse daran hatten, daß der Streik der Arbeiter verunglücke und durch sein Verunglücken den Ruin des Arbeiter-Syndikats herbeiführe.

Die Arbeiter waren verrathen; da sie nun sahen, daß ihnen nur noch übrig blieb, sich zu unterwerfen, beschloffen sie, eine Glas hütte zu gründen, die einem Theile der Opfer des Streiks Arbeit sichern sollte. Sie haben Geld in ihrer Kasse, ich weiß allerdings nicht genau wieviel, aber von den 800 000 bis 350 000 Franken, die das Streikomitee erhalten hat, ist bis jetzt nur ein Bruchtheil zur Unterstüßung der Streikenden verausgabt worden. Doch diese Summe wäre zur Gründung einer Glas hütte in Carmaux, welche die Konkurrenz mit dem Establishment Mességuier's aufnehmen muß, nicht ausreichend gewesen, wenn nicht eine edelmüthige Spenderin, eine Freundin Rochefort's, die aber ungenannt bleiben will, den Arbeitern ein Geschenk von 100 000 Franken gemacht hätte. Dieser Gabe werden sich zweifelsohne noch andere beigesellen, denn die bürgerlichen Philanthropen leben in der Erwartung von Produktiv-Genossenschaften eine Lösung der sozialen Frage.

Im Jahre 1848 nach der Junikatastrophe (von 1848) richtete die Bourgeoisie, zwar reichlich aber noch voller Schrecken in der Erinnerung an diesen furchtbaren Aufstand, ihr Augenmerk darauf, Palliativmittel zu finden, um die Leidenschaften des Volkes einzuschläfern. Die Regierung ließ 45 Arbeitergesellschaften drei Millionen Franken zur Gründung von Produktivgenossenschaften; doch alle mit Ausnahme einer einzigen, der Genossenschaft der Brillenmacher, machten Bankrott. Die einzige, die Erfolg hatte, ist ein kollektives Ausbeutungsunternehmen geworden; sie wurde gegründet von 17 Brillenarbeitern, denen sich noch 12 andere anschlossen, die sich mit einer tüchtigen Summe Geldes einkauften mußten. Diese vereinigten fünfundsiebenzig Handwerker haben 100 und mehr Arbeiter angestellt, den sie Lohn zahlen, wie die anderen kapitalistischen Unternehmer es thun. Und jene 45 Gesellschaften, von denen nur eine einzige Erfolg hatte, bestanden sämtlich aus Arbeitern der Kleinindustrie (aus Schlossern, Feilern, Leistenhewern, Sessels- und Wagenbauern, Klempnern, Schneidern, Stuhldrehlern, Goldarbeitern u. s. w.), und sie hatten kein theures Handwerkszeug, keine Maschinen und keine großen Vorräthe für ihre Arbeit nöthig. Das kapitalistische Milieu — die ganze kapitalistische Gesellschaftsorganisation — erlaubt keine Produktivgenossenschaften; allenthalben, wo man ihre Gründung versucht hat, sind sie gescheitert oder haben sich in Arbeiter ausbeutende Unternehmen umgekehrt.

Der Arbeiter-Glas hütte von Carmaux wird das Leben schwer gemacht werden. Vor einigen Jahren nach dem misslungenen Versuche des allgemeinen Glasarbeiterstreiks gründete das Glasarbeiter-Syndikat in Nive de Giers eine Produktivgenossenschaft, um einigen Opfern des Kampfes Unter kommen zu verschaffen — gerade wie jetzt. Doch diese Genossenschaft hat ein so kümmerliches Dasein, daß die Streikenden von Carmaux ihr aus der Streikasse 15 000 Franken vorschießen mußten, um ein Weiterarbeiten zu ermöglichen. Entschieden günstiger sind allerdings die Bedingungen, unter denen die Glas hütte von Carmaux in Thätigkeit tritt: von Anfang an hat sie eine besser gefüllte Kasse und sie verfügt über die Sympathien der bürgerlichen Philanthropen und sämtlicher Arbeiter-Genossenschaften, welche letztere versprochen haben, ihren Bedarf an Flaschen von ihr zu beziehen. Aber wie der „Temps“ mit schlechterbedachter Schadenfreude bemerkt, genügt das nicht, um einer modernen Glas hütte das Leben zu sichern; man wird sich an das große Publikum wenden und in Konkurrenz mit den Glas hütten der kapitalistischen Unternehmer Frankreichs treten müssen — da liegt die Gefahr.

Mességuier, der untrüglich ist, daß die Arbeiter sich von seinem Joch befreit haben, ist sehr mürrisch. Er befindet sich in Paris, wohin er die Glas hüttenbesitzer von ganz Frankreich berufen hat, zum Zweck der Gründung eines Arbeiter-Syndikats, das der Arbeiter-Glas hütte den Markt verschließen soll. Der Kampf wird entbrennen und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Arbeiter von Carmaux den vereinigten Anstrengungen der Glas hüttenbesitzer Frankreichs zu widerstehen im Stande sein werden.

In der kapitalistischen Gesellschaft giebt es nur eine mögliche Lösung: die Nationalisierung der Arbeitsmittel, das heißt: die Erhebung derselben zum Eigenthum des arbeitenden Volkes, und die Ausbeutung durch genossenschaftlich organisierte Arbeiter unter der Aufsicht von Vertretern des arbeitenden Volkes.“

Gallus.

Politische Lieberlicht.

Berlin, 25. November.

Sozialistische Erfolge bei den Stadtverordnetenwahlen melden uns Privatbesprechungen aus Halle und Leipzig. In Halle a. S. haben wir bei den heute stattgefundenen Wahlen einen Bezirk gewonnen, in einem zweiten Wahlkreise steht unser Kandidat in Stichwahl, aus drei ferneren Bezirken sind starke sozialistische Minoritäten zu melden.

In Leipzig erhielten von 18 872 abgegebenen Stimmen die Kandidaten unserer Partei im ganzen 8228, die Antisemiten 546, die Kartellkandidaten 4265 und die Bürgerpartei 633 Stimmen. Da jeder Kreis zwei Abgeordnete wählt, waren acht Mandate zu besetzen. Hiervon entfielen auf die Sozialdemokraten sechs, auf die Ordnungsparteien zwei Mandate. Die Sozialdemokratie hat somit jetzt 10 Mandate inne. Gewählt wurden die Genossen Pollender und Rechenberg im zweiten Kreise mit 1228 Stimmen gegen 1136 St., die auf das Kartell fielen, und gegen 344 bürgerparteiliche Stimmen, im dritten Kreise siegen die Genossen Lange und Martens mit 3037 gegen 818 Kartell- und 270 antisemitische Stimmen, im vierten Wahlkreise siegen die Genossen Frenzel und Nibel mit 2877 gegen 1124 Kartell- und 289 antisemitische Stimmen. Im ersten Kreise dagegen unterlagen unsere Kandidaten, auf die 1091 Stimmen fielen. Es siegen die Kandidaten des Kartells, auf die 1187 Stimmen gefallen waren. Außerdem wurden 276 antisemitische Stimmen abgegeben.

Wir können mit dem Erfolge des heutigen Tages wohl zufrieden sein.

Kommunalwahlen in Belgien. Bei den Erswahlen zu den Gemeinderäthen haben am Sonntage in Brüssel die vier Sozialisten gesiegt; ebenso unser

*) Der Schlussatz ist nicht ganz klar. In der kapitalistischen Gesellschaft ist es unseres Erachtens überhaupt nicht möglich, eine derartige Organisation durchzuführen. Die Nationalisierung kann doch nicht bedeuten, daß der Staat die Garantie für diese Genossenschaft übernimmt. Das kann der heutige Staat nicht. Und im Augenblick, wo er es kann, sind wir nicht mehr in der kapitalistischen Gesellschaft. Vielleicht denkt Gallus bloß daran — was in der Pariser Arbeitsbörse vorgeschlagen wurde —, daß die Glas hütte von Carmaux Eigenthum der gesamten französischen Arbeiter schaft sein soll. Das ergäbe freilich eine sehr finanzielle Grundlage; aber was den Glasarbeitern recht ist, ist den anderen Arbeitern billig. Jede andere Arbeitergruppe könnte ebenso gut eine Produktivgenossenschaft gründen und sie „nationalisieren“. Was wäre damit genügt? Nam. d. Red.

Kandidat in Loeck, in Namur, wo großer Enthusiasmus herrschte, in Gilly, Charleroi, in Lüttich und in Berviers. Noch sind nicht alle Resultate bekannt, aber schon läßt sich ersehen, daß die belgischen Genossen, trotz des ihnen so ungünstigen Wahlsystems, ihrem Siege vom 17. November einen neuen großen Triumph hinzugefügt haben.

Eine neue sozialistische Tageszeitung in Paris.

Wie man uns aus Paris mittheilt, wird demnächst, spätestens anfangs Januar, daselbst ein täglich erscheinendes Blatt unter dem Titel „Le Socialiste“, Organ der sozialistischen Einigung herausgegeben werden, das zugleich als Bindeglied zwischen dem „Honore Peuple“, dem „Réveil du Nord“, der „Roubaizer Egalité“ und dem „Peuple de la Loire“ dienen wird. Hauptmitarbeiter werden Guesde, Jaurès, Lafargue, Baillat, Deville und sonstige hervorragende Genossen sein, und dürfte entweder Guesde oder Jaurès die redaktionelle Leitung des Blattes übernehmen, dessen Bureau sich Rue Montmartre 123 befinden werden.

Vödtcher-Vödtcher. In gutunterrichteten berufsgenossenschaftlichen Kreisen spricht man in bestimmter Form davon, daß der Präsident des Reichs-Versicherungsamts, Dr. Vödtcher, nach Ablauf seines Stadtrathsauftrags wohl auf seinen Posten zurückkehren werde, aber nur für kurze Zeit, um dann in eine gleichwertige hohe Stellung überzugehen, die nicht vom Reichsamt des Innern reffortiert. Es wird sogar bereits einer der Räte aus dem Reichsamt des Innern als sein Nachfolger genannt. Dieser Ausweg würde allerdings die Spannung zwischen dem Minister v. Vödtcher und Dr. Vödtcher, an der verschiedene Blätter merkwürdigerweise noch immer zu zweifeln scheinen, beiseitigen, zur guten Förderung der Arbeiterversicherungsfrage aber sicherlich nicht beitragen. Uebrigens ist das gespannte Verhältnis durchaus nicht eine Folge der bekannten Konferenz und der Vödtcher'schen Reformvorschläge; es besteht bereits seit längeren Jahren und wurde von der „Berufsgenossenschaft“, deren Leitung mit dem Reichs-Versicherungsamt enge Fühlung hat, schon zu Anfang vorigen Jahres als eine allen Eingeweihten offenkundige Thatsache bezeichnet. Dr. Vödtcher hatte damals in einer juristischen Fachschrift einen Artikel über die Organisation des Reichs-Versicherungsamts veröffentlicht. Derselbe war rein wissenschaftlich gehalten; zwischen den Zeilen konnte man aber unzweifelhaft das Bestreben erkennen, das Reichs-Versicherungsamt in ein „Reichs-Arbeitsamt“ umzuwandeln und es vom Reichsamt des Innern unabhängig zu machen. Da Herr von Vödtcher trotz aller Lucanisierungsgerichte sich noch immer zu halten versteht, wird Dr. Vödtcher wohl oder übel das Feld räumen müssen.

Ein neues Kartell, allerdings ohne den kompromittierenden Namen eines Kartells empfiehlt die „Kreuzzeitung“. Sie schlägt den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen eine „Zusammenwirkung“ vor. Die Konservativen hätten dabei die Aufgabe, zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen zu vermitteln. Die Führung würde am besten gesichert sein in den Händen der Konservativen. Ein anderes würde auch schon deshalb kaum übrig bleiben, weil die Zentrumskräfte schwerlich geneigt sein dürften, die Nationalliberalen Parteiführern zu folgen, und umgekehrt die Nationalliberalen nicht den Zentrumsführern. Wir wünschen zwar kein Kartell, so schließt der Artikel, und kein festes Bündnis, aber doch ein häufiges Zusammengehen zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen gegen den Radikalismus. Derselben Ansicht ist, wie wir zu glauben Ursache haben, auch die Regierung. Sollten Kropatschek und Genossen wirklich recht haben mit dieser letzteren Vermuthung, so würde das nur beweisen, daß in Regierungskreisen man unsicher umher tappt nach einer sicheren Stütze; so weit sind wir noch nicht im Reiche, daß ein solches „regierungsfähiges“ Zusammenwirken zwischen Zentrum und Nationalliberalismus unter Führung der Hammerstein-Erben möglich wäre.

Auf das Reichstagspräsidium will die Zentrumspartei keineswegs verzichten, wie man ihr von Seiten der Kartellparteien mit Unterstützung einiger freisinniger Organe nahe gelegt hat. Die Zentrumspartei besteht auf ihrem Anrecht, als größte Fraktion das Präsidium zu besetzen, ist aber bereit, auf grund des Stimmverhältnisses der Fraktionen den Konservativen den zweiten Platz zuzugestehen. Ohne das Zentrum können die Kartellparteien nicht in das Präsidium hinein, da die Freisinnigen, nach den bisherigen Äußerungen der hauptsächlichen Partei-Organen zu urtheilen, einen Präsidenten aus dem Zentrumslager immer noch einem Konservativen vorziehen. Mit dem Gedanken, Herrn v. Bennigsen auf den Präsidentenstuhl zu erheben, ist die „Vossische Zeitung“ bisher noch allein geblieben.

Wenn die Agrarier einen Strafausschub gönnen. Unsere Justiz hat es äußerst eilig, den Genossen Schippel in ihre Arme zu schließen: Dienstag voriger Woche befälligte das Reichsgericht die zwei Monate, gestern bereits traf mit dem Urtheil und der Kostenrechnung auch gleich die Aufforderung bei Sch. ein, Mitte nächster Woche in Rummelsburg die Strafe anzutreten.

Sch. hat früher einmal den Versuch gemacht, wegen seiner Reichstags-Thätigkeit eine Aussetzung der Strafvollstreckung zu erhalten; die Staatsanwaltschaft wies das rund ab. Darauf kommen wir wohl gelegentlich einmal zurück. Heute möchten wir nur ein Beispiel anführen, aus was für Gründen andere Kreise gelegentlich einen Strafausschub verlangen und wie so staatsverhaltende Elemente wie unsere Volksblutagrarier den Justizbehörden ins Gewissen reden, wenn sie nicht sofort das gewünschte Entgegenkommen zeigen.

Erzählte da kürzlich ein „bekannter Gutsbesitzer“ in dem Zentralorgan des Bundes der Landwirthe ganz entzückte folgende Geschichte von der mangelnden Rücksicht der Behörden auf — nun natürlich nicht auf das Parlament, sondern auf die Landwirtschaft:

Im Frühjahr dieses Jahres haben wir zwei meiner Arbeiter bei einem entfernteren Nachbar Holz. Dieser zeigte sie an, und sie wurden in einem Anfang Juni stattgefundenen Termine zu einer beziehungsweise zwei Wochen Gefängnis verurtheilt. Ende Juli, als die Ernte begonnen hatte, erhielten die beiden Aufforderungen, spätestens am 15. August sich im Gefängnis zur Abkündigung ihrer Strafe einzufinden. So bald mir dies bekannt wurde, am 3. August, richtete ich sogleich ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft, in dem ich wegen der Erntearbeiten um Strafausschub, ganz besonders aber um m. g. l. i. c. h. s. o. r. t. i. g. e. Antwort ersuchte. Ich setzte darin aus-

einander, daß ich durch das Wegbleiben dieser beiden Leute empfindlich geschädigt würde. Auf diesen Brief erhielt ich am 14. August, also 11 Tage später und am letzten Tage vor dem befohlenen Strafantritt, folgendes Schreiben der königl. Staatsanwaltschaft:

„Ihr zu gunsten der u. f. w. in der Strafsache wider dieselben eingereichte Gesuch um Aufhebung der Strafvollstreckung kann nicht berücksichtigt werden, weil Sie zu dem bezüglichen Antrag gesetzlich nicht legitimiert sind.“

„Ich — fährt unser befreundeter Gutspächter fort — bin nun in eine sehr schlimme Lage geraten, die durch das ungünstige Entwerter noch verschlimmert wurde. Meinen Sie nicht auch, daß durch solche geringe Rücksichtnahme der Behörden auf die Landwirthe diese verstimmt und verbittert werden können?“

Es scheinen noch ein paar kräftigere Bortlein nachgefolgt zu sein, denn die Redaktion bemerkt ausdrücklich, sie bringe die Festschrift nur „soweit“ zum Abdruck. Dann giebt sie selber in ihrem Nachwort dem Entwerter vollständig recht; sie fordert die amtlichen Stellen zum Schlusse auf, gegen die Agrarier bei Strafe allgemeiner Unzufriedenheit foulanter zu sein. Es heißt da:

Gewiß hat der Staatsanwalt vollkommen korrekt gehandelt; denn zur Stellung eines Antrags auf Strafaufhebung ist niemand anders berechtigt als der Verurteilte oder sein Vormund. Aber es würde wohl dem Staatsanwalt trotz der Forderung der Gesetze während der Gerichtsferien möglich gewesen sein, die Beantwortung etwas zu beschleunigen, so daß der Antrag noch von den Verurteilten selbst hätte eingereicht und eventuell bewilligt werden können. Wer, wie wir, Gelegenheit hat, zu beobachten, wie sehr gerade die geringe Rücksichtnahme der Behörden auf unsere erwerbsthätige Bevölkerung verstimmt wirkt, der kann nicht oft und dringend genug den amtlichen Stellen nahelegen, daß sie alles thun mögen, was in ihren Kräften steht, um der Verstimmung vorzubeugen oder sie zu mindern.

Vielleicht kommen die biederen Bundesbrüder recht bald einmal in die Lage, ihre Meinung nicht über den Strafaufschub wegen dringender Erntegeschäfte, sondern über den Aufschub für politische Verfolgte wegen parlamentarischer Arbeiten mit der ihnen eigenen Offenherzigkeit zu äußern. Wie sie dann schäumen werden über die Rücksichtslosigkeit der Behörden, was alles sie da „den amtlichen Stellen nahelegen“ werden...!

Deutsches Reich.

— Zur Handwerks-Gesetzgebung schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Es ist interessant, daß eine Vorlage über die Organisation des Handwerks sich in Ausarbeitung befindet, jedoch ist nicht zu übersehen, wann dieselbe zum Abschluß gebracht werden kann, weil das dabei zu berücksichtigende, durch die letzten Erhebungen gewonnene Material ein sehr umfangreiches ist.“

— Im Kampfe gegen den Flaschenbierhandel scheint die Regierung die Gastwirthe nun unterstützen zu wollen. Durch eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung soll nämlich für den Flaschenbier-Handel die Konzessionspflicht und damit natürlich die Einschränkung der Zahl der Verkaufsstellen eingeführt werden. Der Schnapskonsum, an dem die Junker interessiert sind, wird durch diese neue Gewerbe-Ordnungs-Bestimmung nicht vermindert werden.

— Die deutsche Seeschiffahrt zu Beginn des Jahres 1895. Am 1. Januar 1895 betrug die Zahl der deutschen Seeschiffe 3665 mit einem Netto-Raumgehalt von 1.553.902 Tonnen und einer regelmäßigen Besatzung von 40.984 Mann. Davon waren 2922 Segelschiffe mit 680.856 Tonnen und 1575 Mann Besatzung und 1043 Dampfschiffe mit 893.046 Tonnen und 25.199 Mann Besatzung. Auf das Nordseegebiet entfielen von der Gesamtzahl 2445 Schiffe (1992 Segel- und 653 Dampfschiffe mit 1.275.998 Tonnen und 32.842 Mann Besatzung), auf das Ostseegebiet 1020 Schiffe (630 Segel- und 390 Dampfschiffe) mit 277.904 Tonnen und 8642 Mann Besatzung. Von der Gesamtzahl der 2922 Segelschiffe waren ihrem Hauptmaterial nach von Eisen 295, Stahl 143, Eisen und Stahl 6, hartem Holz 101, weichen Holz 12, weichen Holz und Stahl 1, hartem und weichen Holz und Eisen 3 Schiffe.

Der Bestand der als Seeschiffe registrierten deutschen Fischfahrzeuge mit mehr als 50 Kubikm. Brutto-Raumgehalt betrug am 1. Jan. 1895 im Nordseegebiet 292 Fahrzeuge mit 11.945 Tonnen und 1017 Mann Besatzung gegen 260 Fahrzeuge mit 10.911 Tonnen und 1477 Mann Besatzung am 1. Januar 1894; im Ostseegebiet 9 Fahrzeuge mit 346 Tonnen und 58 Mann Besatzung gegen 8 Fahrzeuge mit 301 Tonnen und 49 Mann Besatzung.

Die Anzahl der Schiffsunfälle an deutschen Küsten während des Jahres 1894 betrug 458. Hierbei sind gestrandet 115, gesunken 18, zusammengebrochen 217 und anderen Ursachen zum Opfer gefallen 101 Schiffe. Gänzlich verloren infolge der Unfälle sind 50 Schiffe, Personen sind dabei umgekommen 45.

— Dem Pastor Mittenberg, einer der geistlichen Schwärmgeister, der durch eine off. verg. Schrift über die „Stillestehende auf dem Lande“ dem Großgrundbesitz sehr unangenehm geworden ist, hat man jetzt auch den Brotkorb höher gehängt. Er stand bisher als Reiseprediger im Dienst des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission. Der Ausschuss des Vereins hat nunmehr die Lösung dieses Verhältnisses angebahnt und nach der „Schlesischen Zeitung“ auch Vorlesung getroffen, daß Pastor Mittenberg, so lange er noch für den Verein thätig ist, keine Vorträge über sozialpolitische Fragen halten darf.

— Ueber die Beziehungen des Herrn von Hammerstein zu der Versicherungsgesellschaft „Borussia“ giebt der Reichsanwalt Freige in Breslau jetzt folgende nähere Aufklärungen:

„Es ist der Versuch gemacht worden, die Mittheilungen in anderer Weise berichtigen zu wollen, insbesondere dadurch, daß ein Herr, der später Vorstehender des Aufsichtsrathes der „Borussia“ gewesen ist, eine Art von Berichtigung in die Zeitungen gesetzt hat. Der Herr kann aber die Thatsachen selbst nicht aus eigener Wissenschaft unterrichten, weil er zu der Zeit, als sie sich ereigneten, noch nichts mit der Gesellschaft zu thun hatte. Er ist infolge seiner Vorgänge erst in den Aufsichtsrath gewählt worden. ... Ich glaube, in einem Hauptpunkte, bei dem Herr von Hammerstein betheiligt war, wird sich jeder die Frage vorlegen müssen: wenn der Herr wirklich die Wertpapiere hatte, für die er bei jeder beliebigen Bank Geld erlangen konnte, welche Gründe mögen ihn dazu bewegen haben, in nicht legaler Weise sein Kreditbedürfnis zu befriedigen, sondern das Geld aus der Kasse der Gesellschaft zu entnehmen, deren Aufsichtsrathsmittglied er war? Nach meiner Information war die Sache anders. Und wenn später Papiere gebucht worden sind, so mag es sein, daß hier eine nachträgliche Buchung vorliegt, daß nachträglich Papiere hinterlegt worden sind. Ob gerade die „Borussia“ geschädigt ist, kommt überhaupt nicht in Betracht. Diese Behauptung ist auch von mir nicht aufgestellt. Hammerstein hat das Geld genommen und er hat es nicht zurückgezahlt. Anderer Leute sind gezwungen worden, es zurückzahlen. Möglicherweise haben sie auch die Papiere hinterlegt. Wenn es wahr wäre, daß er nur Papiere gegen Pfand hinterlegt hat, daß er also nur irrthümlicherweise die Hagelversicherungs-Gesellschaft,

deren vorstehendes Verwaltungsmittglied er war, für eine Mobilien-Kreditbank gehalten hat, würde nicht verständlich sein, weshalb er so plötzlich seinen Abschied hat nehmen müssen. Die Gründe der Entlassung, die vor jetzt fünf Jahren stattfand, sind zur Sprache gekommen in einer vertraulichen Sitzung des Aufsichtsrathes. Eine Darstellung darüber steht nicht in meinen Akten. Auch ist es ziemlich lange her, daß mir darüber Mittheilungen gemacht worden sind. Wenn ich diese hier wiedergebe, so ist daher vielleicht nicht alles ganz genau, was ich vortrage. Die Vorstandsmittglieder hatten also beschlossen, einen solchen Mann, der seine Finger von fremdem Gute nicht hatte lassen können, zu bestimmen, sein Amt niederzulegen. Einer von ihnen erhielt den Auftrag, sich in die Hölle des Löwen zu begeben, ihm sein Sündenregister vorzubringen und ihn unter Berücksichtigung dieser Gründe aufzufordern, freiwillig aus seinem Amte zu scheiden, damit er nicht in öffentlicher Sitzung dazu gezwungen werden müsse. Als der Herr das vortrug, soll Herr von Hammerstein zunächst nach der Pistole gegriffen und den Herrn gefragt haben, ob das etwa ein Angriff gegen seine Ehre sein solle. Der Herr wird ein sehr ernstes Gesicht gemacht haben, als er ihm erwiderte, ein Angriff auf seine Ehre würde damit nicht verbunden sein. „Nun denn“, antwortete darauf v. Hammerstein, „wenn ein Angriff auf meine Ehre damit nicht verbunden ist, unterschreibe ich meine Entlassung.“ Daraus geht zur Genüge hervor, daß die Charaktereigenschaften dieses Herrn, der noch 4 Jahre an der Spitze der Partei blieb, nicht ganz unbekannt gewesen sein können.“

München, 23. November. (Eig. Bericht.) Die Nothwendigkeit, soviel wie möglich Stellung zum Militarismus oder wenigstens zu den Auswüchsen desselben zu nehmen, dünktet allmählich selbst einigen bürgerlichen Elementen der bayerischen Abgeordnetenkammer auf. Die letzte Theilnahme der Herren Volksvertreter an der Generaldebatte zum Militarismus ist ein Beweis dafür. Zwei Tage wurde bereits debattirt und einzelne Redner sind noch vorgemerkt für die Generaldiskussion. Zwar hat die Kammer bekanntlich auf Grund reichsverfassungsgemäßer Abmachungen kein Recht, an den Gesamtsummen des Etats etwas zu ändern, allein auf der Vertheilung der einzelnen Quoten und Positionen kann sie Einfluß ausüben. Das wurde auch, wie gestern berichtet, bereits von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Schädlert recht deutlich gesagt. Heute eröffnete der freisinnige Dr. Gänther den Reigen, um namens der rechtsliberalen „freisinnigen Vereinigung“ der Kammer zum ersten Male zu reden. Der bayerische Kammerfreisinn ist noch um einige Nuancen blässer als der, den man gemeinlich Berliner Thiergartenfreisinn nennt, trotzdem hielt Gänther eine Rede, die in manchen Punkten recht vernünftig war. Abgesehen von dem stark humoristisch wirkenden Klageschrei darüber, daß die Herren Offiziere so wenig gesellschaftliche Neigung zu den — doch auch so harmlosen — bürgerlichen Politikern „anderer Richtung“ haben, kritisierte Gänther, natürlich unter ungeheurer Phrasenfluth, das Mißhandlungs-Kapitel, die „schmerzlosen Oxyphen“, das Duellwesen etc. gar nicht so übel. Nach ziemlich unwichtigen Grundmachungen einiger „kleinen“ von rechts und links, die eigentlich in die Spezialdebatte gehörten, seßelte Genosse Grillenberger mit einer andermalstündigen brillanten Rede das Haus. Er präzisirte klipp und klar die Stellung unserer Partei zu der internationalen, die Wölfer ausagenden Landplage des Militarismus, welche Stellung aber nicht im geringsten hinderte, daß die sozialdemokratische Fraktion sich um die Vertheilung der Staatspositionen kümmere, wie darum, daß den schweren Mißständen, unter denen die Ehre des Volkes im Heere zu leiden habe, auf den Leib gerichtet werde. Die erfreulich militärunkompetente Haltung des Zentrumsredners sei zu begrüssen, es frage sich nur, ob er wirklich im Namen der Fraktion gesprochen (Zurufe: ja), oder lediglich seine persönliche Meinung gesagt habe. (Rufe: nein.) Das Zentrum sei ja durch seine frühere Haltung mit schuld an der Ausdehnung, welche der Militarismus gewonnen habe. (Rufe: Beweise!) Die Beweise sind in den Reichstagsberichten enthalten, und was darin steht, braucht kein Juhn mehr heraus. (Weiterkeit.) Grillenberger stellt dann den Kriegsmilitär direkt darauf hin, ob seine Kennerung, die Halbballons seien nur ein Nothbehelf, etwa sagen sollte, daß man bald die Ergänzung dieser Halbballons fordern wolle. Er kritisiert die Ehrengerichte, deren verfassungswidrigen Judikatur er nachweist und die, wie er weiter ausführt, einen illegalen Eingriff in die gesetzmäßige Zivil- und Militärjustiz darstellen. Ferner fragt er, was mit der Reichs-Militär-Strafprozedur sei und fordert die Parteien, besonders das Zentrum auf, allen Einfluß bei der Regierung geltend zu machen, damit diese dahin wirke, daß die Grundlagen des bayerischen Militärgerichts, Öffentlichkeit, Verteidigungsrecht etc. unbedingt gewahrt werden und nicht etwa das preussische Beihmgericht zur Reichseinrichtung werde. Dahin müsse auch gewirkt werden, daß das Militär-Strafgesetz geändert werde, welches, abgesehen von anderen Unzulänglichkeiten, noch die ansehnlichst barbarischen Strafen des Dunkelarrests enthalte. Für die Anwendung dieser Strafen wegen ganz geringer Vergehen führt er haarsträubende Fälle auf, deren Einzelheiten auf allen Seiten des Hauses lebhaft Entrüstung hervorriefen. Im Zusammenhang damit bespricht er die neuerdings beliebte Verwerfungspraxis der Militär-Bezirksgerichte, wodurch die Öffentlichkeit so gut wie illusorisch gemacht werde, die eigenartige Interpretation des Schmerzensgelds bei schmerzlosen Peitschenhieben etc. Die Hymnische, die Gefrierungen, die Ueberanstrengungen der Uebungsmanöver, der Reserve- und Landwehr können eingehend zur Sprache. Mit den besten Theil der Ausführungen bildete die Kritik der Staatsgebarung. Unser Freund wies an Ziffern und einzelnen Positionen nach, daß die Ausfällung des Etats durchaus unzulänglich und unübersichtlich erfolgt sei, so daß, wenn es der Militärverwaltung darum zu thun gewesen sei, der Volksvertretung die Orientierung zu erschweren, dieses Vorhaben glänzend gelungen sei. Das enorme Wachsen der Pensionenlasten kurz fassend, sowie die Praxis mit dem „blauen Brief“ und die „Offiziersverjüngung“ verpörricht er, bei der entsprechenden Spezialberührung eingehend darauf zurückzukommen. Als in der vorigen Session von ihm gesagt wurde, die zur Erweiterung des Truppenübungsplatzes bei Hammelburg postulirten 7 Millionen reichten nicht aus, habe die gesamte Ordnungspresse das als sträfliche Mißachtung einer ministeriellen Versicherung gelabelt. Jetzt habe der Kriegsmilitär im Finanzanschlusse selbst erklärt, daß die Summe wahrhaftlich nicht ausreiche. Das hätte man vorher wissen können, daß die Grundbesitzer Schwierigkeiten mache, so fordere die innere Familie von Thüngen, der auch der Vorstand der vermögenslosen bayerischen Bauernbünde angehört (Große Weiterkeit), für ihre aus circa 700.000 M. geschätzten Gründe nur beinahe 2 1/2 Millionen (Hört, hört, Bewegung), ein erhebendes Beispiel von konsequenter Patriotismus. Noch einmal kurz den Standpunkt der Sozialdemokratie betonend, welche den Militarismus auf das entschiedenste bekämpft und Abrüstung verlangt, schließt Gen. Grillenberger damit, daß er nachweist, wie nöthig es für die Volksvertreter zuweilen ist, durch sogenanntes „zum Fenster hinaus Reden“ für die Ausklärung des Volkes draußen zu sorgen. Der Kriegsmilitär erwiderte sofort. Seine Ausführungen sind ja zweifellos von dem Wolff'schen Bureau in üblicher Weise hinaus telegraphirt worden. Auf die meisten Beschwerden geht er nicht ein, den größten Theil der übrigen „widerlegt“ er sehr nonchalant. Von allgemeinem Interesse ist nur, daß er für seine Person die Ergänzung der Halbballons zwar verneine, aber zugestehet, daß er auf die Sache selber keinen Einfluß habe, was, um mit Sator zu reden, „sehr tief blicken“ läßt! Stark verlauschirt war auch die Versicherung, daß die bayerische Regierung für Beibehaltung der bayerischen Militär-Strafprozeß-

Ordnung „thunlichst“ und „soweit sie sich bewährt habe“, einzuwirken werde. Nach früheren Erklärungen des Ministers, bei denen er sich für die Öffentlichkeit und Zulassung des ziviljuristischen Elements sehr wenig begeistert gezeigt hatte, ist diese Kundgebung alles eher wie zufriedenstellend. — Am Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

— Wegen Soldatenmißhandlung stand am 22. November in Würzburg der Unteroffizier des bayerischen 5. Feldartillerie-Regiments Hermann Becker aus Hohenlohe, preussischen Landrathsamtes Richterfeld, vor dem Militärbezirksgericht. Derselbe mißhandelte von November 1894 bis August 1895 den Gemeinen Voll in unqualifizirbarer Weise, indem er ihn im November 1894, weil er den Namen seines Pferdes nicht wußte, mit dem Fuße stieß. An einem Sonntag im Januar gab Becker dem Voll sechs Trensen zu putzen, weil aber beim Abstreifen noch zwei rostig waren, schlug er ihm dieselben an den Kopf, so daß V. heftige Schmerzen empfand. Am 10. August gab er ihm in Ställe drei Stöße auf den Rücken, daß er an den Latierbaum flog und sich verletzte. Am 14. August wurde Voll von V. derart mißhandelt, daß er zwei Tage krank war. Außerdem traktirte Becker den Voll mit den gemeinsten Schimpfwörtern. Voll wird als faul geschildert. Becker ist dagegen sehr gut qualifizirt und leugnet die meisten Mißhandlungen. Er wurde zu 85 Tagen Mittelarrest verurtheilt.

Mülhausen i. El., 21. Nov. (Eig. Bericht.) Der Zustand politischer Rechtlosigkeit in den Reichsländern wird lebendig illustriert durch das Verhalten der Regierung gegenüber den Gemeinderäthen - Ersatzwahlen in Mülhausen. Die Zahl der Mitglieder des Mülhauser Stadtrathes beträgt gesetzmäßig sechsunddreißig. Die letzten Wahlen fanden im Jahre 1891 statt. In der Zwischenzeit sind durch Demission oder Abgang mit Tod 9 Sitze erledigt worden, so daß der Stadtrath faktisch nur noch 27 Mitglieder zählt. In der geltenden Gemeinde-Gesetzgebung von 1872 befindet sich eine Bestimmung folgenden Wortlauts (Art. 8 Abs. 3 des Ges. vom 5. Mai 1875): „Wenn in der Zeit zwischen den fünfjährigen Wahlen Erledigungen von Stellen im Gemeinderathe eintreten, so findet eine Ergänzungswahl zur Befüllung dieser Stellen statt, wenn der Gemeinderath auf drei Viertel seiner Mitglieder verringert ist.“ Mit dem Tode des Fabrikanten Schwarz, welcher neben anderen öffentlichen Aemtern auch das Stadtraths-Belletriste, trifft diese Voraussetzung für Mülhausen zu. Seitdem sind anderthalb Monate verflossen, aber von den durch das Gesetz vorgeschriebenen Ergänzungswahlen verlautet noch nichts. Da die alte, noch in Geltung befindliche französische Gemeindegesetzgebung keine Zeitbestimmung für die Bekanntmachung des Wahltermins enthält, und da es der Behörde bei Ersatzwahlen noch in der jüngsten Zeit oft beliebt hat, den Wahltermin kaum acht Tage vorher bekannt zu machen, trafen die Parteien ihre Vorbereitungen zur Wahl: der liberale Mülhauser Wahlverein stellte eine vollständige Kandidatenliste auf und der sozialdemokratische Wahlverein wählte eine Kommission, welche die nöthigen Vorarbeiten zu thun hat. Der Regierung ist dies bekannt; aber in unterrichteten Kreisen erzählt man sich, dem Bürgermeister sei auf eine Anfrage beim Ministerium der Befehl geworden, vor Anordnung der Hauptwahlen, welche im nächsten Jahre auf Grund der neuen Gemeinde-Ordnung zu erfolgen haben, dürften keine Ersatzwahlen mehr vorgenommen werden. Dem steht der klare und bestimmte Wortlaut des Gesetzes gegenüber, sowie der Umstand, daß, im Falle die Regierung in ihrer Stellung verharrt, der unvollständige, unter die gesetzliche Minimalzahl gesunkene Gemeinderath die jährliche Budgetaufstellung vornehmen müßte! In einer der letzten Sitzungen, wo eine Anleihe von mehreren Millionen beschloffen wurde, nahmen 23 Mitglieder theil (von 36). Im bereits erwähnten Mülhauser Wahlverein kritisierte der Vereinspräsident, Rechtsanwalt Klug, letzten Montag lebhaft das Verhalten der Regierung und beantragte eine Resolution, worin der Verein Widerspruch erhebt gegen die Nichtanwendung des Gesetzes und den Präsidenten beauftragt, die Resolution dem Reichstagskanzler vorzulegen „mit der ergebnissen Bitte um geneigte Kenntnissnahme, Untersuchung des Falles und Abhilfe“. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Leider vermögen sich die Liberalen zu einer nachdrücklicheren Kundgebung, durch öffentliche Protestversammlungen und dergleichen, nicht aufzuschwingen und unsere Partei ist durch unaussprechliche Polizeiverbote vorläufig in ihrer Entfaltung gehemmt.

Oesterreich.

Prag, 23. November. Das Resultat der 72 Landtagswahlen in den Städtebezirken ergiebt 37 Jungcechen, 20 Deutschliberale, 9 Deutschnationalen, 1 gemeinsamen Kandidaten der beiden letzten Parteien, 1 Allegechen, 1 Kandidaten der czechischen Fortschritts-partei, 1 Christlichsozialen und 2 Stichwahlen.

Schweiz.

Bern, 25. November. Die Unterzeichnung des internationalen Vertrages betreffend den Simplondurchschiff ist jetzt erfolgt.

— Der Große Rath des Kantons Waadt hat eine Motion des Sozialisten Pansaand, welcher die bedingungsweise Beurtheilung ins waadtländische Strafrecht einführen will, zur Prüfung an eine Kommission gewiesen.

Frankreich.

Paris, 22. November. (Eig. Bericht.) Enterbten-geld. Genosse Jules Guéde hat in der heutigen Kammer-sitzung zum Erbschaftsteuer-Gesetzentwurf einen Zusatzartikel beantragt, der für alle Erbschaften von über 5000 Frs. eine Ertragsteuer verlangt, die er Enterbtengebühren nennt, und dieselbe für alle Erbschaften im Betrage von 5000—100.000 Frs. auf 1/4 pSt., für solche von 101.000—500.000 Frs. auf 1/2 pSt. und für alle darüber hinausgehenden Erbschaften auf 1 pSt. festsetzt. Das Ertragniß dieser Gebühr sei einer zu errichtenden Nationalen Schulkantinen-Kasse zu überweisen, die durch die Vermittlung der Gemeinden für den Unterhalt (Nahrung und Kleidung) der Kinder der Kleinsten- und Primarschulen (Volksschulen) zu sorgen habe. Im Eingange der Motivierung seines Antrags, von dem er im vorhinigen wußte, daß mit Ausnahme der äußersten Finken alle dagegen stimmen werden, sagte er ironisch, daß er hoffe, die Mitglieder des Zentrums für sich zu haben, da ja aus ihrer Mitte eingangs der Debatte über das Erbschaftsteuer-Gesetz gesagt wurde, daß keine Erbschaften in Frankreich stattfänden, ohne dabei der Armen zu gedenken, die stets ihren Antheil daran hätten. Sie werden dies nun sicherlich durch die That beweisen wollen und demgemäß für seinen Zusatzantrag stimmen. Dabei handelte es sich für ihn darum, diesem Antheil der Armen den Charakter eines Almosen zu nehmen und als ein Recht zu instituiren, als ein Erbrecht für diejenigen, die keine Erbschaft zu erwarten haben. Die Idee dieser Einrichtung gehöre der revolutionären Periode der Bourgeoisie von 1793 an. In der Sitzung des Konvents vom 15. Juli 1793 war es, wo Robespierre den von Le Pelletier Saint-Fargeau verfaßten Plan einer nationalen Erziehung vorlegte und in welchem es heißt: „Bald wird die Geburt eines Kindes keine Last für Euch sein; die Republik wird diese Last erleichtern; das Vaterland wird alle Kinder erziehen, wird sie nähren, wird sie kleiden.“ Es handelte sich nun darum, das Testament der Bourgeoisie des letzten Jahrhundert-Endes zu vollstrecken. Die Sozialisten, führte er weiter aus, wollen nicht, wie man wähnte, die Erbschaften abschaffen. Sie verlangen nicht die Beseitigung des individuellen Eigenthums, sondern die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Es sei auch nicht die Progressivsteuer, mit der sie sich, wie Léon Say meint, der kapitalistischen Zita-delle bemächtigen wollen; sie wollen auch nicht, daß das Blut des Proletariats auf neue vergossen werde, sondern sich

Mit des 1848 errungenen Stimmrechtes bedienten, daß man ihnen nicht werde entreißen können, um in die kapitalistische Welt einzubringen und an die Stelle eines Sklavenregimes ein Regime der Freiheit zu errichten. „Genuß der Abdrücke“, schloß Quiesse seine von der äußersten Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, „wir werden in der Gesellschaft bleiben, und diese Gesellschaft wird Euch tödten!“ — Ist der Antrag schließlich auch mit 883 gegen 91 Stimmen verworfen worden, so wird derselbe samt der ihn begleitenden Rede nichtsdestoweniger von großer propagandistischer Wirkung sein, und daß ist ja schließlich auch von großer agitatorischer Bedeutung.

Paris, 23. November. Die Deputiertenkammer beschloß mit 228 gegen 183 Stimmen die Dringlichkeit für den Antrag des Sozialisten Contant, welcher dahin geht, die Arbeitgeber zu verpflichten, diejenigen Arbeiter, welche nach der Ableistung ihrer militärischen Dienstzeit in die Reserve zurückkehren, wieder einzustellen. — Die Kammer setzte sodann die Beratung über das Budget fort und vertagte sich nach einer Rede Dubois auf Montag.

Belgien.

— Der Brüsseler Bürgermeister. Dem liberalen Bürgermeister von Brüssel, Herrn Duls, sind die sozialistischen Siege bei den belgischen Kommunalwahlen so sehr in die Glieder geschlagen, daß er nicht nur seinen Bürgermeisterposten verlassen will, sondern auch sein Ehrenamt als Gemeinderath aufgeben wird. Da die Ernennung der Bürgermeister in Belgien Sache der Regierung ist, so darf man gespannt sein, ob sie es wagen wird, der unbedingt antiliberalen Mehrheit des Brüsseler Gemeinderaths wieder ein liberales Oberhaupt der städtischen Verwaltung entgegenzustellen. —

— Eine Novelle zum Lohnzahlungsgesetz. Der Arbeitsminister Dienstag der Kammer vor. Nach derselben sollen die Arbeitsinspektoren die genaue Durchführung des Lohnzahlungsgesetzes überwachen. Sie sollen überall eintreten und Protokolle aufnehmen dürfen, wo Löhne ausgezahlt werden. Die Unternehmer, welche sich ihrer Kontrolle widersetzen, sollen mit 20 bis 100 Franks Strafe belegt werden. —

Italien.

— Der Abgeordnete Brampolini ist, wie man aus Reggio Emilia schreibt, aus seiner Stellung als Vize-Sekretär der Handelskammer von Reggio entlassen worden, nachdem die Kammer beschloffen hatte, dieses Amt ganz eingezogen zu lassen; dieser Beschluß wurde von den bürgerlichen Mitgliedern der Handelskammer nur gefaßt, um den ihnen unbenommen sozialistischen Abgeordneten bloß zu machen. Die Sozialisten haben nun ihrerseits beschlossen, die Kaufleute, welche für die Entlassung Brampolini's gestimmt haben, zu boykottieren. Außerdem haben sich zahlreiche Genossen verpflichtet, je 5 Lire monatlich zu geben, um dem Abgeordneten Brampolini eine Besoldung zu sichern, die derjenigen, welche er bisher bezog, gleich sein soll; Brampolini wird dafür die Leitung des Blattes „La Ginepro“, das vom 1. Januar ab dreimal wöchentlich erscheinen soll, übernehmen. —

Spanien.

Madrid, 22. November. Hiesige Studenten veranstalteten heute in großer Zahl eine Demonstration gegen die durch den Marquis Cabrinana der Bestechlichkeit beschuldigten Municipalräthe. Sie zogen durch die Straßen mit dem Rufe: „Nieder mit den Dieben! Hoch Cabrinana!“ —

Türkei.

Konstantinopel, 25. November. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ erscheint die Lage in den asiatischen Provinzen ruhiger; es sind keine weiteren Unruhen gemeldet worden. Die Unruhen in der hiesigen Bevölkerung, insbesondere in den Vorstädten Stutari und Stambul dauern fort; einige Stambuler Medresen (theologische Schulen) werden militärisch bewacht. Das „Comitee liberal ottoman“ lehnt ein Manifest in Umlauf, welches die Gemeinschaft mit dem Armeniercomitee ablehnt, aber Gleichheit der politischen Rechte, Sicherheit des Lebens und des Gutes sowie Inkraftsetzung der Charte von 1876 fordert.

In türkischen Kreisen wird berichtet, seit 4 Tagen seien keinerlei Meldungen von irgendwelchen bedeutenderen Ausschreitungen in den Provinzen an amtlicher Stelle eingelaufen.

Aus amtlicher türkischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Behörden des Vilajets Mamuret-ül-Aziz melden, bei den durch armenische Aufständische in Eharput hervorgerufenen Unruhen hätten die Aufständischen Explosivstoffe, die sie in dem Hause eines Armeniers verborgen gehabt hätten, entzündet. Die in Häusern und Kirchen verbarricadirten Aufständischen seien auch bewaffnet gewesen.

Mit der Unterdrückung der Bewegung in Hauran ist Edhem-Pascha, welcher sich bei Hierona ausgezeichnet hat, betraut worden; denselben stehen 27 Bataillone und Reiterbataillone, 5 Escadrons und 6 Batterien zur Verfügung.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel vom 23. November: Der durch Brandstiftung und Plünderung in Diarbek verurtheilte Verlust wird von den Konsuln auf zwei Millionen türkische Pfund geschätzt.

Nach einer Depesche des Athener Blattes „Afto“ aus Areta hat zwischen den türkischen Truppen und den Mitgliedern des revolutionären Komitees ein Zusammenstoß stattgefunden, bei welchem etwa 10 Soldaten und einige Aufständische getödtet oder verwundet wurden. Die Truppen sind verstärkt worden.

Eine weitere hier eingegangene Nachricht bestätigt, daß es auf Areta zu Unruhen gekommen ist. Die Zahl der bei denselben getödteten Soldaten wird auf 30 angegeben, während auf Seiten der Aufständischen nur ein Mann gefallen ein soll. —

— Memorandum zu den türkischen Ereignissen. In Paris lebende Türken und Syrier haben sich zu einem Komitee zusammengeschlossen, um den Großmächten ein Memorandum zu überreichen. Das Memorandum ist an die Minister des Auswärtigen adressirt. Es spricht die Ueberzeugung aus, daß die Zuzunahme der Verfassung von 1876 der Hauptgrund für die Unruhen ist, die im osmanischen Reich ausgebrochen sind. Es konstatirt, daß alle türkischen Provinzen in gleicher Weise unter der Unfähigkeit der Regierung leiden und fordert dann allgemeine Reformen für das ganze Reich und die Wiederherstellung der Verfassung. Dessen wird diese menschenfreundliche Kundgebung der braven Männer garnichts. —

China.

— Grenzregulirungen gegen Hinterindien. Der „Times“ wird aus Kanton gemeldet, in seiner Antwort auf das Vorgehen Chinas, welches entgegen den Bestimmungen der birmanisch-chinesischen Konvention zwei Distrikte von Kiang Tung an Frankreich abgetreten habe, bestimme Lord Salisbury auf der Forderung, daß alle englischen Ansprüche, die durch die Konvention zu gunsten Chinas ausgegeben waren, anerkannt würden. Sino, Sodon und das ausgedehnte Katschinggebiet im Nordosten von Yhamo seien jetzt Birma zugesprochen worden. —

Parlei-Nachrichten.

Einem äußerst feinführenden Magistrat befiel unfreilich die Stadt Kiel. Der Magistrat hat bekanntlich vor einigen Jahren den Jenfus für die Stadterordneten-Wahlen dergestalt erhöht, daß gegen 5000 Bürger vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden. Wie in vorhergehenden Jahren, so haben auch dies Jahr die Parteigenossen Protestversammlungen einberufen und Protestresolutionen gefaßt und dem Magistrat zugeestellt. Der Vertrauensmann hat nun vom

Oberbürgermeister die Mittheilung erhalten, daß die Resolution dem Magistrat nicht vorgelegt werden könne, weil in derselben „eine unangemessene Ausdrucksweise gegenüber den städtischen Behörden angewendet ist“. — Also die Arbeiter zu entzweien, scheut man sich nicht, sprechen dieselben aber ihre Mißbilligung darüber aus, dann entzweit man sich und verlangt, daß die Arbeiterschaft für den empfangenen Insult sich noch allernachst bedanken soll. —

Proletariats Taubheit. Von dem Genossen August Klingberg. für den der Parteivorstand die Mittel zur Reparatur des Webstuhls seiner Tochter bewilligt hat, nachdem eine Unterstüßung aus dem entsprechenden Dispositionsfonds dem Klingberg seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen versagt wurde, lief bei dem Parteikassirer das nachstehende Dankschreiben ein:

Steinfelderstraße, 19. November 1893.

An Herrn A. Gerich zu Berlin.

Hierdurch sende ich Ihnen beiliegend die Quittung für die mir übergebenen Rm. 50.— zur Verbesserung meiner Webegeräthschaften, wofür ich Ihnen und dem gesamten Parteivorstand meinen herzlichsten Dank ausspreche. Ich und meine Frau haben vor Freude geweint, als wir dies Geschenk erhielten. Ich hatte mir ein so hohes Geschenk nicht eingebildet, als ich im „Proletariat“ las, daß der Parteivorstand Ersatz für mich bewilligt hatte. Die Freude war so groß, daß ich sie Ihnen nicht beschreiben kann. Ich bin auch Sonntags früh nach Wielau gefahren und habe dem Genossen Kühn die Mittheilung gemacht darüber, was ich Sonntags von Ihnen bekommen habe.

Auch danke ich dem Genossen, der mir die 10 Stück Briefmarken gesandt hat, nachdem er doch ein Jahr hinter Schloß und Riegel gelitten hat und noch so viel Mitleid gegen mich gezeigt hat. Ich schreibe mein Schreiben mit nochmals vielem Dank von mir und meiner Frau für die Wohlthat, die mir erwiesen worden ist.

Es zeichnet achtungsvoll

Mit sozialdemokratischem Gruß

August Klingberg.

Der Vertrauensmann für Oberbayern erstattete in einer Münchner Parteiversammlung folgenden Bericht: Im Laufe des Jahres haben 5 große Volksversammlungen und 6 öffentliche Parteiversammlungen stattgefunden, außerdem eine Märzfeier, sieben Versammlungen am 1. Mai, eine Gedächtnisfeier Engels' und eine Protestversammlung am 2. September. Aus dem Lande wurden im Laufe des Jahres an verschiedenen Orten 22 Versammlungen abgehalten. An Einnahmen für die Agitation hatte der Vertrauensmann für das abgelaufene Jahr 2529,31 M. zu verzeichnen, denen 2657,52 M. Ausgaben (darunter 500 M. an den Parteivorstand in Berlin und 150 M. an die Landtagsfraktion) gegenüberstanden, so daß ein Kassabestand von 241,49 M. verbleibt.

Der sozialdemokratische Parteitag der Schweiz, der wegen verschiedener Umstände verschoben worden war, wird nun bestimmt am 21. und 22. Dezember in Bern abgehalten. Die Tagesordnung enthält neben den üblichen geschäftlichen folgenden wichtigeren Punkte: Initiative betreffend Verstaatlichung der Eisenbahnen. Demokratisierung der Heereseinrichtungen. (Antrag Oberwippenhal: Einheitslohn für Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten). Kranken- und Unfallversicherung. Proportionalvertretung für den Nationalrath. Umgestaltung der Parteiorganisation (Interpellation Zürich IV).

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das Schöffengericht zu Brandenburg verurtheilte den Redakteur des dortigen „Volksblatt“ Genossen Wolfgang, sowie den Buchsenfabrikanten Viktor Mutsch aus Ludenmalde wegen Beleidigung des Fabrikdirektors Joseph Landau, des Fabrikinspektors Matusch und der Polizeiverwaltung in Ludenmalde zu je 210 M. Geldstrafe ev. 20 Tagen Gefängnis. Der Anwalt hatte je drei Monate Gefängnis beantragt. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel des genannten Blattes, in welchem in der Weise der früher Märscher'schen Tuchfabrik jetzt Aktiengesellschaft geschildert wurde.

— In der Breslauer „Volkszeitung“ waren in einer Notiz die Genossen aufgeführt worden, bei einer bestimmten Zigarettenfirma ihren Bedarf nicht zu decken. Der verantwortliche Redakteur Genosse Zahn erhielt wegen dieses Artikels ein Strafmandat von 100 Mark wegen „grobe Unfug“. Das Schöffengericht bestätigte dieses Mandat.

— Eine Parteiversammlung, die in Hohenstein-Ernstthal stattfinden sollte, wurde verboten, weil der Referent nicht angegeben war. Dieses Verbot ist ohne Zweifel ungeheuerlich, da das sächsische Vereinsgesetz nicht verlangt, den Referenten anzugeben.

— Die Glanacher Polizei hat den Genossen Gröger, der aus Desterreich-Schlesien stammt, ausgewiesen, weil er „anzureizende sozialdemokratische Agitation“ betrieben haben soll. Der Ausgewiesene hatte in zwei Versammlungen das Wort genommen.

— Wegen Beleidigung des Patriotenbundes, begangen durch einen Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“, wurde am 30. September Genosse Dr. Bruno Schwanitz als Verfasser vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Die auf gestern anberaumte Berufungsverhandlung mußte vertagt werden, weil zwei Mitglieder des Richterkollegiums Mitglieder des Patriotenbundes waren und deshalb als besangen galten.

Gewerkschaftliches.

Sammtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Kämpfe, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Ausruf an alle in Rixdorf und Brühl wohnenden oder arbeitenden Buchdrucker und Schriftsetzer! Kollegen! Veranlaßt durch verschiedene Uebelstände haben sich die hiesigen anfassigen oder arbeitenden Kollegen zusammengeschlossen, einerseits zu dem Zweck, Mißstände im Gewerbe, die sich hier bemerkbar machen, zu beseitigen, andererseits getragen von dem Gedanken, Rixdorf, die sich in der um alle umfassenden Organisation bemerkbar machen, nach Möglichkeit auszuheilen. Die Fürsorge für die Angehörigen der Mitglieder unserer Gewerkschaft veranlaßt uns, Maßnahmen zu treffen, die nach Möglichkeit die Kosten im Krankheitsfalle der Familienangehörigen beschränken. Vortheilhafte Abkommen mit Apotheken und Wundärzten etc. helfen jene finanziellen Erschwerungen verkleinern. Nach Möglichkeit ist Fürsorge getroffen, arbeitslose Kollegen eventuell mit Nachrichten über Konditionen Gelegenheit zu versehen, und der Pflege der Kollegialität wird durch Veranstaltung familiärer Zusammenkünfte und so weiter rege Aufmerksamkeit gewidmet. Ein nachfolgendes Auge wird auf die hiesigen zum theil leider traurigen tariflichen Verhältnisse gerichtet und deren Besserung versucht werden. Die Fachpresse steht unseren Mitgliedern gratis zur Verfügung. — Dies sind im wesentlichen die Bezeichnungen des „Vereins der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf und Brühl“, dem sich anzuschließen wir alle Kollegen hienüt auffordern, damit jene gemeinnützigen Ziele erreicht werden. Der Beitrag beträgt nur 15 Pf. monatlich. Beitrittserklärungen werden im Vertheilungslokal, dem Restaurant von P. H. Thomas, Verg. 162, sowie von D. Kull, Prinz Handjerystr. 46, 1 Tr., entgegengenommen. — Die nächste Versammlung wird am 15. Dezember, vormittags 11 Uhr, in den Viktoriasälen, Hermannstraße 49, abgehalten.

Der Vorstand.

Freigesprochen wurde vom Schöffengericht zu Halle a. S. der Genosse Ledermann von der Anklage, durch Veröffentlichung des Aufsatzes „Jugend fernhalten“ bei Streiknachrichten im „Volksblatt“ groben Unfug verübt zu haben. Nach kurzer Beratung erklärte das Gericht auf Freisprechung mit der Begründung, daß in den inframirten Worten noch kein

Boykott enthalten und nur dieser nach dem Reichsgericht's Erkenntnis als „grober Unfug“ zu ahnden sei.

In Bremen haben in den Steinhauer-Geschäften von Schmid u. Schäfer und Schmalhausen u. Fredmann am Sonnabend 50 Steinmehrer die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um die Einführung eines einheitlichen Tarifs und um ganz geringfügige Lohnbesserungen. Vor einiger Zeit war den Inhabern genannter Geschäfte der Tarif vorgelegt worden. Die Antwort sollte am Donnerstag Abend nach einer Innungsverammlung erfolgen. Als indes die Deputation der Arbeiter am Freitag beim Obermeister Schäfer vorsprach, ward ihnen der kurze Bescheid, es habe keine Innungsverammlung stattgefunden und er lasse sich weiter auf nichts ein. Infolgedessen stellten die Steinmehrer die Arbeit ein.

Die Maurer von Stettin und Schmidlin befinden sich im Streik.

Die Buchdrucker-Gesellen Giesens hatten am 14. November eine Volksversammlung einberufen, die sich mit den zwischen dem Buchdrucker-Gesellen Emil Bommert, dem Inhaber der Kellerschen Buchdruckerei, und seinen Seheren entstandenen Differenzen beschäftigte. Bommert hatte von den Seheren den Austritt aus dem Verband deutscher Buchdrucker verlangt; weiter wurde ihm zur Last gelegt, daß er seine Leute mit 3/2 bis 6 M. wöchentlich unter dem Tarif bezahle, wodurch er nicht nur die Arbeiter, sondern auch die übrigen Buchdrucker-Gesellen schädige; endlich hat Bommert von seinen Gehilfen ein bestimmtes tägliches Pensum verlangt, und um sie zu noch größerer Arbeitsleistung anzuapornen, ihnen für Mehrarbeit Pfenningprämien ausgelegt. Bommert war in der Versammlung wegen. Als ihm seine Sünden u. a. von unserem Genossen Schiedemantel, dem Redakteur der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ gebührend vorgehalten worden waren, gab er klein bei. Er verspricht auf den Austritt seiner Seher aus dem Verband und hat auch versprochen, den Tarif bezahlen zu wollen. Die Versammlung aber, die, beiläufig bemerkt, nur zum kleineren Theile aus Arbeitern, zum größeren aus Unternehmern, darunter den Buchdrucker-Gesellen Giesens bestand, nahm gegen etwa 20 Stimmen eine Resolution an, worin „das Gebahren des Herrn Emil Bommert in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber auf das entschiedenste“ verurtheilt wird.

Oesterreichische Streiks. Mit dieser Woche erreicht der Streik der Stabzieher in Wien seine zwölfte Woche und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Von beiden Seiten wird mit gleicher Erbitterung gekämpft. — Der Streik der Meerschmann- und Vertheilungsdreher dauert ebenfalls noch immer fort. — Die Schmiedegesellen in Wien sind mit den Meistern in Differenzen gerathen, sobald es wahrcheinlich zum Streik kommen wird. Die letzteren haben es augenscheinlich auf eine Sprengung der Organisation abgesehen.

In der Gießhütte von Arnold & Kref in Wittich b. A. u. d. Elbe, wo, wie bereits mitgeteilt, wegen Lohnbesserungen ein Streik der Former ausgebrochen ist, wird wahrscheinlich ein Ausstand des gesamten Personals folgen.

Aus Wien wird gemeldet, daß Ernst Beringer, der Mitbegründer der österreichischen Eisenbahn-Arbeiter-Organisation, am 9. November an den Folgen einer in seinem Dienst als Konduktör der Südbahn erlittenen Verletzung gestorben ist. Er gerieth an diesem Tage beim Verklappen von Eisenbahnwagen unter die Räder eines Waggons, wobei ihm das linke Bein zerkratzt und am Unterleibe eine tödtliche Verletzung zugefügt wurde. — Außer um seine Gewerkschaft hat sich Beringer auch um unsere Partei durch fleißige Agitation namentlich unter den Slovaken im Süden Oesterreichs verdient gemacht. In welcher großen Auehen er stand, zeigte sich bei seinem Begräbniß: circa 10 000 Personen gaben ihm das letzte Geleit.

Aus Budapest meldet das Wolff'sche Bureau: In einigen Buchdruckereien ist wegen Nichtbezahlung der Lohn-erhöhung ein Streik der Seher und Hilfsarbeiter ausgebrochen.

In Gent ist, nach einer Wolff'schen Depesche, der Ausstand der Metallarbeiter, der zwei Monate währte, auf grund gegenseitiger Zugeständnisse beendet.

Aus London wird telegraphirt: Infolge des Ausstands im Schiffbau in Belfast sind nach gegenwärtiger Berechnung mindestens 10 000 Leute außer Arbeit. Unter den Ausständigen herrscht große Noth.

Die Verhaftungen von Arbeitern, welche im September in Zetateinoslaw, einer Stadt in Südrussland, vorgenommen wurden (siehe die Nr. 248 des „Vorwärts“) haben weitere Verhaftungen nach sich gezogen. 13 Arbeiter der Zetateinoslawer Fabrik sind bei einer Zusammenkunft verhaftet worden und nachdem wurden noch andere verhaftet, so daß insgesamt ungefähr 30 Arbeiter verhaftet sind.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln a. Rh., 25. November. (B. G.) Der „Köln. Ztg.“ wird aus St. Petersburg gemeldet, daß die dort stützende Revolte bei der weltbekannten Firma Tschernomirskaja, Frauen und Mädchen zertrümmerten wegen angeblich ungerechtfertigter Lohnbesserungen sämtliche Fabrikeinrichtungen und vernichteten die gesamten Tabakvorräthe. Der Polizei gelang es zunächst nicht, die Ruhe wieder herzustellen; erst mit herbeigeholten Feuerspielen war dies möglich.

Wien, 25. November. (B. G.) Aus Venedig. Rume und Triest werden heftige Unruhen gemeldet. Infolge der herrschenden Bora setzten die Dampfschiffe ihre Fahrt aus. Die Schiffer wagten sich gleichfalls nicht ans Meer. In Venedig wurden viele Häuser zerstört. In Rume führten achtzehn Wagen eines Unterzuges der österreichischen Südbahn und 15 Wagen der ungarischen Staatsbahn vom Bahnhof. Der morgens fällige Kourierzug aus Budapest war bis Mittag noch nicht eingetroffen. In Triest ist infolge der Bora das Passiren der Straßen mit Lebensgefahr verbunden. Bisher wurden über 30 Personen verlegt. Die furchtbare Bora wüthet seit gestern früh.

Mausenburg, 25. November. (B. G.) Hier und in der Umgegend samelt es unausgeseht. Seit drei Tagen treffen die Eisenbahnzüge mit bedeutenden Verspätungen ein.

Elbschan, 25. November. (B. G.) Graf Zaasse liegt im Sterben.

Antwerpen, 25. November. (B. G.) Während der gestrigen Ergänzungswahlen fanden in Antwerpen Unruhen statt. Die Liberalen drangen in die Lokale der Katholiken und demolirten alles. Die Redakteure des katholischen Blattes „Metropole“ mußten sich durch Revolvergeschüsse der eindringenden Manifestanten erwehren, da die Polizei nur in ungenügender Stärke vorhanden ist.

Madrid, 25. November. (B. G.) Die nichtbeschuldigten Municipalräthe weigern sich infolge der Finanzskandale mit den übrigen gemeinschaftlich weiter zu arbeiten. Der Gemeinderath dürfte mittels Dekrets von heute aufgelöst werden.

Toulon, 25. Nov. (B. G.) Auf dem Admiralschiff „Formidable“ ereignete sich wiederum ein doppelter Unfall. Zwei auf Wachtposten befindliche Soldaten wurden von den Wellen über Bord geworfen und ertranken.

London, 25. November. (B. G.) Auf dem Kanal wüthet seit Sonnabend ein heftiger Sturm. Zwischen Dover und Calais mußte die Schifffahrt eingestellt werden.

Maffa-Carrara, 25. November. (B. T. B.) Gestern Nacht richtete ein heftiger Sturm großen Schaden in der Stadt und auf dem Lande an. Verluste von Menschenleben sind nicht gemeldet. Der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Lire geschätzt.

Lokales.

Das königliche Provinzial-Schulkollegium verbietet weiter. Wie wir berichtet haben, hat nach der erfolgten Inhabnahme von Dr. Bruno Wille am Sonntag, den 10. d. M., der Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde, Herr Apotheker Friderici eine Vorlesung aus einem Wille'schen Vortrage vorgenommen, in welcher Handlung das Provinzial-Schulkollegium eine unerlaubte, weil konfessionspflichtige Lehrthätigkeit erlitt und dieselbe unter Strafindrohung untersagt hat. Demzufolge hat Herr Friderici seine beanstandete Lehrthätigkeit eingestellt und übernahm an seiner Stelle am Sonntag, den 17. d. M., Herr Heuer, welcher in der Freireligiösen Gemeinde das Amt eines stellvertretenden Kantanten bekleidet, die Rolle eines Vorlesers und zwar aus einer Broschüre, betitelt „Gegen- und Tugendgeschichte.“ Nun ist auch Herr Heuer seitens des Provinzial-Schulkollegiums in nachgerade bekannter Weise unter gleichem Strafindrohung, wie seinen Vorgänger, die fernere Ausübung seiner konfessionspflichtigen Lehrthätigkeit untersagt worden. Herr Heuer hat sich dieses Verbot sehr zu Herzen genommen und nicht weiter vorgehen. Am letzten Sonntag hat vielmehr ein anderes Gemeindeglied an seiner Stelle die Rolle eines Vorlesers übernommen. Es steht nun mit Sicherheit zu erwarten, daß bald wieder das bewußte Schreiben des kgl. Provinzial-Schulkollegiums mit dem ominösen Verbot unter Strafindrohung eintrifft. In diesem Falle wird auch der letzte Vorleser diese Funktion auf ein anderes Gemeindeglied übertragen. Da die Freireligiöse Gemeinde gegen 9000 Mitglieder zählt, dürfte es eine ganze Weile dauern, bis die Reihe herum ist. Wenn das königliche Provinzial-Schulkollegium jeder Vorlesung ein Verbot nach bekanntem Muster folgen lassen will, dürfte demselben recht viel Arbeit erwachsen.

Zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an bedürftige Gemeindeglieder. Kinder berichtet die „Pädagog. Ztg.“, daß Mitte November, in der 6. Woche nach Schulanfang, noch immer nicht alle bedürftigen Kinder im Besitze der erforderlichen Bücher waren (und vielleicht heute noch nicht sind). Schuld daran sei nur der schwerverfällige Geschäftsgang, d. h. die unumständliche und zeitraubende Prüfung der Bedürftigkeit der Eltern durch die Schulkommissionen. Diese Klage ist bisher mit jedem neuen Semester von neuem wiederholt und wird so lange wiederkehren, bis endlich die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an alle Kinder ohne Unterschied durchgeführt ist. Der Magistrat und die „liberale“ Stadtverordneten-Majorität haben den diesbezüglichen Antrag unserer Genossen bekanntlich mit der Motivierung zurückgewiesen, daß der Antrag auf eine Schädigung der Berliner Gemeindeglieder hinauslaufe, insofern er sie der Armenkasse wieder näher bringe. Das heutige Verfahren läuft, wie man sieht, auf eine Schädigung der Kinder der Armen hinaus, die taufendmal schlimmer ist als die angebliche Gefahr, daß die wenigen Bessersituierten, welche ihre Kinder ebenfalls die Gemeindeglieder besuchen lassen, durch das „Almosen“ der allgemeinen unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln „beleidigt“ werden könnten. In den Scherebenen und Demütigungen, mit denen jedes Gesuch um Unterstützung verknüpft ist, müssen die um Lehrmittel bittenden Eltern noch den anderen Uebelstand hinzunehmen, daß ihre Kinder 6 Wochen lang ohne Bücher sind. Und das nennt die „freisinnige“ Presse „Musterschulen“!

Den Eislauf will der Verein für gesundheitgemäße Erziehung der Jugend auch in diesem Winter armen Kindern ermöglichen. Er will sich zu diesem Zweck wieder mit der Bitte um Spende abgelegter Schlittschuhe an das Publikum wenden. An Schlittschuhen wird es da wahrscheinlich ebenso wenig wie im vorigen Jahre fehlen; aber die Schlittschuhe allein thut's nicht, man muß auch eine Eisbahn haben. Der Verein will allerdings mit Eispächtern wegen ermäßigter Preise für arme Kinder unterhandeln. Hierin liegt aber gerade die Klippe für das ganze Unternehmen; denn die Pächter „vornehmer“ Bahnen suchen sich gelegentlichweise dürftig gekleidete Kinder lieber vom Halbe zu halten, als daß sie sie noch besonders heranziehen sollten, und den Pächtern der „ordinären“ Bahnen kann man wesentlich ermäßigte Preise wieder nicht gut zumuthen, weil sie schließlich große Reichthümer sammeln. Im vorigen Jahre hat der Verein etwa 500 Paar Schlittschuhe zusammen bekommen, aber noch keine 400 verteilt. Es fehlte eben an Mitteln, auch nur 500 Kindern den Zutritt zu einer Eisbahn zu ermöglichen, obwohl, wenn wir

nicht irren, schon damals an die Menschenfreundlichkeit der Pächter appelliert wurde. Wir wollen abwarten, wie es in diesem Jahre wird. Einweilen machen wir dem Verein den Vorschlag, die städtischen Behörden daran zu erinnern, daß vor längerer Zeit die — Absicht bestanden haben sollte, einen Theil der Gemeindeglieder in Eisbahnen für Gemeindeglieder zu verwandeln. Daß diese Absicht an irgend einer Berliner Gemeindeglieder bisher auch nur probeweise zur Ausführung gekommen sei, ist uns nicht bekannt, wir glauben es auch nicht. Dagegen wissen wir, daß in München zuerst im Winter 1885/86 Versuche mit Anlegung von Eisbahnen auf Schulhöfen gemacht und, nach beständigem Ausfall der Versuche, im Winter 1886/87 Eisbahnen als dauernde Einrichtung für eine Anzahl Schulen eingeführt worden sind. Kann das Berlin nicht auch? Freilich, wenn man es hier nachmachen, so ist zu befürchten, daß nur „bedürftigen“ Schulkindern der Zutritt unentgeltlich gestattet würde, und zwar natürlich erst, nachdem sich ein halbes Dutzend Schulkommismissionsmitglieder 6 Wochen lang die Beine abgelaufen haben, um herauszufinden, ob die Eltern auch wirklich und wahrhaftig „bedürftig“ sind.

Zur Volkszählung, welche am 2. Dezember stattfindet, erläßt der Magistrat im Gemeindeblatt folgende Bekanntmachung: Die folgende Beschlusse des Bundesrathes am Montag, den 2. Dezember, im deutschen Reichsstatutende allgemeine Volkszählung wird in unserer Stadt in gleicher Weise wie die Zählungen der früheren Jahre durch im Ehrenamte der Stadtgemeinde thätige, freiwillige Zähler zur Ausführung gelangen, denen die Eigenschaft öffentlicher Beamter beizubehalten.

In den letzten Tagen dieses Monats wird jedem Haushaltungsvorstande sowie jedem Einzelbewohnenden, welcher eine besondere Wohnung inne hat, ein Zählbrief nebst einer Anleitung und den für den Haushalt erforderlichen Zählkarten zugestellt werden, welche von den Haushaltungsvorständen zc. gewissenhaft auszufüllen und vom 2. Dezember mittags ab zur Abholung und sofortigen Prüfung seitens der beauftragten Zähler bereitzuhalten sind.

Wir bemerken hierzu wiederum ausdrücklich, daß alle am 2. Dezember stattfindenden Aufnahmen ausschließlich sozialer bezw. wissenschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, und daß durch die Volkszählung gewonnene Angaben über einzelne Personen niemals veröffentlicht werden, insbesondere jede Verächtlichmachung derselben zu politischen oder sonstigen Zwecken durch die bestimmten Erklärungen der staatlichen und städtischen Behörden völlig ausgeschlossen ist.

Die Kenntnis der Bevölkerung nicht allein nach ihrer Zahl, sondern nach ihrer Zusammensetzung und ihren Wohnungsverhältnissen und sonstigen Lebensbedingungen ist die unerlässliche Grundlage des Fortschritts auf sozialem Gebiet. Wir richten daher an unsere Mitbürger auf diesem Wege das dringende Ersuchen, durch genaue und vollständige Ausfüllung der ihnen zugestellten Formulare, wie immer, so auch bei jeder Zählung den übrigen deutschen Gemeinden voranzugehen, namentlich aber den mit der Ausführung des Zählungsgeschäftes beauftragten Zählern bereitwillig jede Auskunft zu erteilen, in deren Befähigung zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedürftig; insbesondere sind es die Vorsteher der Haushaltungen, die Hauseigentümer, deren Verwalter und Wirtin, welche wir ersuchen, dem Zählungsgeschäft allen möglichen Vorschub zu leisten.

Der Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen beginnt am 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, seine Uebungsstunden im oberen Saale von Cohn's Festsaal, Reuthstr. 20. Der Zweck des Samariter-Kursus ist nach § 1 des Statuts: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterrichten durch Vorträge und praktische Uebungen: a. in der ersten Hilfe bei Unfällen, b. in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen und gefährlichen Krankheiten, c. in den Grundzügen der Krankenpflege.“ Das Eintrittsgeld zum Samariter-Kursus beträgt 40 Pf., der monatliche Beitrag 25 Pf.; alle 14 Tage finden Lehr- und Uebungsstunden statt. Die nützlichen Bestrebungen des Kursus lassen es wünschenswerth erscheinen, daß dem Unternehmen in Arbeiterkreisen die weitestehende Beachtung entgegengebracht wird.

In der Urania wird heute Abend Herr P. Spieß seinen Vortrag über die wichtigsten Methoden und Resultate der Eichenforschung wiederholen. Es wird dies die letzte Vorführung der betreffenden Versuche sein, da eine andere wichtige Experimentierreihe in Aussicht genommen ist. Für die übrigen Abende dieser Woche ist der dekorative Ausstattungs-vortrag „Vom Fels zum

Meer“, der bereits seine 50. Aufführung erlebt hat, auf das Programm gesetzt.

Der große Buddha. Die künstlerische Darstellung des großen Buddha auf der berühmten Allegorie des Malers Knackfuß hat wahrscheinlich der Intendant des Hoftheater den guten Gedanken eingegeben, am letzten Sonntag das berühmte Gedicht des Lafontaine in der Pohl'schen Nachbildung dem verehrlichen Berliner Publikum vorzuführen, um ihm klar zu machen, daß der gute Mann denn doch nicht ein so fürchterliches Schicksal war, wie er in der Phantasie des großen Kaffee-Künstlers lebt.

Die Thätigkeit des Gewerbegerichts. Beim hiesigen Gewerbegericht sind im Geschäftsjahre 1894/95 im ganzen 12458 Klagen anhängig gemacht worden. Von diesen wurden vor Ansetzung eines Termins 82 erledigt; es verblieben somit für die Rechtsprechung noch 12376 Klagen. Von diesen wurden erledigt: durch Vergleich 4845, durch Verzicht 25, durch Zurücknahme 2195, durch Anerkenntnis 110, durch Vermittlungsurtheil 1609, durch andere Endurtheile — mit Beweisaufnahme 2042, ohne Beweisaufnahme 1000 — zusammen 8042. Unerledigt blieben am Schlusse des Geschäftsjahres 430. Auf die einzelnen Gewerbebetriebe entfielen: auf Schneiderei und Näherei 2870, auf Textil-, Leder- und Buchindustrie 1018, auf Baugewerbe 2141, auf Holz- und Schnitzstoffe 1175, auf Metalle 973, auf Nahrung, Beherbergung und Erquickung 1932, auf Handel und Verkehrsgewerbe 1341, allgemein 928. Im Vorjahre betrug die Gesamtzahl der Rechtsprechung verbliebenen Prozesse 12947, mithin mehr 571. Unter den 12376 Prozessen befanden sich 53 Klagen von Schiffen, die mit ihren Fahrzeugen hier auf der Durchfahrt begriffen waren. Von Arbeitnehmern wurden 12160 Klagen angehängt, darunter 2701 von Frauen und Mädchen; von Arbeitgebern 216. Von den Klagen betrafen 42 pCt. Entschädigungsansprüche wegen Entlassung aus der Arbeit vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Austragung. Von den von den Arbeitnehmern angehängten Prozessen wurden, sofern es zum Urtheil kam und der Prozeß nicht durch Vergleich zc. beendet wurde, rund 72 pCt. durch Urtheil abgewiesen; bei den von Arbeitgebern angehängten Prozessen war dies bei 70 pCt. der Fall. Das niedrigste Klagen-Objekt waren 0,50 M., das höchste 2450 M.

Die Wahlen für den Vorstand der Anwaltskammer im Bezirk des Kammergerichts wurden am Sonnabend vollzogen. 412 Anwälte nahmen an der Wahl Theil. Neugewählt wurden an Stelle des verstorbenen Justizraths Gerth-Berlin Justizrath K. v. P. Potsdam, an Stelle des Justizraths Lande-Prenzlau Rechtsanwalt W. v. Berlin.

„Hier werden Damen in und außer dem Hause frisiert.“ Ein Zettel mit dieser Aufschrift prangt jetzt an dem seit langem schon zu einer Art Rauschbazar degradirten alten Reichstags-Gebäude.

Die Berliner Padel-Fahrt-Gesellschaft ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Trotz wiederholter Mahnungen wehren sich die Fälle, in welchen geschlossene Briefe nach den Vororten in die rothen Briefkästen der Padel-Fahrt geworfen werden. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Beförderung geschlossener Briefe nach § 1 des Postgesetzes nur innerhalb der Reichsbildgrenze Berlins durch die Padel-Fahrt gestattet ist. Dagegen können offene Sendungen, Drucksachen, Karten zc. auch nach den Vororten befördert werden. Wer diese Vorschriften unbeachtet läßt, setzt sich der Gefahr aus, daß Briefe unbestellbar bleiben, wodurch den Absendern und Empfängern Nachteile entstehen. Die Rückgabe geschlossener Briefe kann mit Verzögerung und auch nur dann erfolgen, wenn der Absender auf dem Umschlag ersichtlich ist, was in den wenigsten Fällen zutrifft.

Eine Hausschwamm-Versicherungs-Gesellschaft auf Aktien wird demnächst in Berlin ins Leben treten. Durch sachverständige Chemiker und Baumeister sollen die Gebäude der Versicherten zunächst untersucht werden und richtet sich nach dem Befunde und der Größe der Bauteile die Höhe der Prämien. Nach einjähriger Versicherung übernimmt es die Gesellschaft, für die Trockenlegung feuchten Mauerwerks, sowie für die Schwammreparaturen Sorge zu tragen.

Honoratioren. Im „Nixdorfer Tageblatt“ lesen wir: „Im Briger Rathshaus spielte sich kürzlich abends eine skandalöse Szene ab. Der Milchhändler Lande und der Bau-Unternehmer

Kunst und Wissenschaft.

Im Deutschen Theater wurde am Sonnabend von Pauline Wittgenstein's „Jüdin von Toledo“ gegeben. Dies schöne und reife Werk des österreichischen Dichters ist nicht neu im Deutschen Theater, und auch die Besetzung der Hauptrollen war zum wesentlichen die alte geblieben. Mit großem schau-spielerischen Gelingen gab Frau Sorma routinirt die heißblütige Jüdin des Drama's, und die Rolle des Königs, der aus lauter Vangeweile vom Pfad christlicher Tugend abweicht und selbstsamer Weise sich deswegen mit Gewissensbissen plagt, war bei Herrn König in bewährten Händen. Der gute König! Er war gewiß ein ehrlicher Mann und meinte es ernst mit seinen Skrupeln und Zweifeln; aber immer vielleicht wäre ihm die Rückkehr zur Wohlthätigkeit so schwer geworden, wenn der arme nicht sein ebenso tugend- wie pantoffelhaftes Weib weit mehr Ursache zu fürchten gehabt hätte, als alle Flüche, welche das christlich-spanische Moralgesetz dem Ehebruch und gar dem mit einer reichen Jüdin entgegenstellte. So sehen wir denn, nachdem die allergetreuesten Grunden die königliche Geliebte mit Schmerz, jedoch mit Hingabe umgebracht haben, den welch-herzigen Monarchen schmerzhaft das Schwert ergreifen; ihn dankt der Kriegspfad immer noch ungelieblicher als der, der in die Arme seiner nahestehenden Gattin aus England führt. Herr König gab die seinem Naturell nahe-liegende Rolle namentlich zum Schluß mit bewährter Meister-schaft; schade, daß die Königin von Fräulein Sauer nicht allein froh, sondern fast bewegungslos gegeben wurde. Bravo am Platz waren die Herren Müller und Gregori als Granden und Herr Fischer als Jude. Auch Frä. Sandow leistete als Esther aufgeschrieit.

Vom deutschen Schriftsteller-Verband. Das offiziöse Wolff'sche Telegraphen-Bureau meldet: Der deutsche Schriftsteller-Verband hielt heute in Berlin unter Vorsitz von Julius Wolff seine Generalversammlung ab. Der seitens der deutschen Schriftsteller-Genossenschaft angeführten Vereinigung mit dem deutschen Schriftsteller-Verbande stimmte die Generalversammlung grundsätzlich bei. Durch den Anschluß des Verbandes an den Allgemeinen Deutschen Journalisten- und Schriftsteller-Tag wurde die Zustimmung der Versammlung unter der Voraussetzung entsprechender Statuten-Änderung des letzteren erteilt. Von einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge wurde abgesehen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl Julius Wolff's zum 1. Vorsitzenden und Richard Kiedrich's zum 2. Vorsitzenden. Zum Schatzmeister wurde Geheimrath Karl Bräuer, zu Beisitzern des geschäftsführenden Ausschusses die Herren Dr. Teschen und Hauptmann Lande gewählt.

Ein unsichtbarer Hofrath. Unter dieser Ueberschrift wird uns über Hamburger Theaterzustände geschrieben: Zu Anfang dieses Jahres berichtete der „Vorwärts“ in einer einem Theaterbrief des Hamburger Schriftstellers Ph. Verges entnommenen Notiz einiges über die so überaus traurigen Hamburger Theaterverhältnisse. Unter anderem war darin gesagt, daß von sämtlichen Theatern Hamburgs nur ein einziges noch die Pflege wirklicher Kunst sich angelegen sein lasse, nämlich das „Volks-Theater“ in der Vorstadt St. Pauli. Als der Brief geschrieben wurde, war es in der That so. Direktor Edwengard führte dem Hamburger Publikum Carl Hauptmann's grandioses Weberdrama vor, Sachen von Ibsen und verschiedenen anderen neueren Dichtern. Jetzt ist es aber auch damit vorbei. Bald nachdem der Brief erschien, ging Direktor Edwengard ob der horrenden Pacht, die er dem Besitzer des Theaters, dem Hamburger Theatermonopolisten Pollini zahlen mußte, pleite. Das Theater wurde an zwei andere Direktoren verpachtet, und zwar zu so unangenehmen Bedingungen, daß dieselben, um sich zu halten, alle möglichen Zugkräfte heranziehen mußten. Auf der Stelle, von der Hauptmann, Ibsen, Alexander Dumas u. a. m. zu einem kunstsinntigen Publikum gesprochen hatten, hampelten die ausgezogenen Barons ihre Angelegenheiten, allerhand „Sterne“ der Tinseltangel-Welt sangen und tanzten ihre zotigen Chansons und gegenwärtig führt man außerdem noch dreifüßige Elefanten, Hunde und Gekrönte. Der eine der beiden Pächter ist aus dem Pachtverhältnis wieder ausgeschieden und Direktor Jeremey muß auf dem betretenen Wege bleiben, um die horrenden Pacht und außerdem noch die hohen Prozente, die er an den Besitzer von der Tageseinnahme zahlen muß, aufzubringen. Damit ist das letzte Bischen wirklichen Kunstlebens von den Hamburger öffentlichen Bühnen verschwunden. Hofrath Pollini beherrscht, wenn man von Schmierern und Kasperletheatern absteht, sämtliche Hamburger Theater. Er ist Pächter der eintägigen Stadttheater in Hamburg und in Altona, er ist Besitzer und Direktor des noch eintägigen allerliebsten Thalia-Theaters, er ist stiller Theilhaber am Carl-Schulze-Theater und Besitzer und Theilhaber des „Volks-Theaters“. Die Hamburger Kritik ist seine ergebenste Dienerin, die nicht nur seine täglichen Wafschettel anstandslos abdruckt, sondern sich auch sonst niemals bei ihren Leseraten vom Theater zu wenden wagt. In allen Tonarten singt sie des „Elen“ Lob, und wenn ihr alljährlich der Herr Kunstgroßhändler eine Benefizvorstellung giebt, steht sie über vor slavischer Dankbarkeit. — Es ist ein widerliches Schauspiel. — Wagt da oder hier einmal ein ehrlicher Mensch die Wahrheit zu sagen, stürzt ihm die Gewaltige, der von einer großen Anzahl allzeit gefügiger Rechtsanwölfe bedient ist, eine Injurienklage an den

Kopf. Die „Theater- und Konzertzeitung“, das „Hamburger Echo“ und sogar die „Hamburger Nachrichten“ sind von ihm verlagert, jedoch hat er die Klage gegen das letztere Blatt vor einiger Zeit zurückgezogen, während die Sachen gegen die anderen beiden Blätter noch ihrer Erledigung harren. Das löstlichste Stückchen ist aber das Vorgehen des Pollini gegen den ehemaligen Chefredakteur der „Hamburger Freien Presse“ Hugo Pohl. Pohl war gegen die Gespinnstereien Pollini's in seinem Blatte scharf zu Felde gezogen. Was macht da der Geschäftsmann Baruch Pohl — das ist Pollini's eigentlicher Name — um sich den lästigen Kritiker vom Halbe zu schaffen? Er hängt ihm, nachdem er ausgelacht und Stellunglos geworden, eine Injurienklage nach der andern an den Hals. Pohl wurde vom Schöffengericht zweimal wegen Verleumdung des Hofraths Pollini verurtheilt. In beiden Sachen legte A. Vernehmung ein und beantragte, den Kläger persönlich zur Verhandlung vor die Strafkammer zu laden. Dem Antrage wurde stattgegeben und auf Grund des § 427 Abs. 3 der Straf-Prozeß-Ordnung dem klägerischen Hofrath aufgegeben, im Termin zu erscheinen. Dreimal ist der Termin nun schon vor der Strafkammer III des hiesigen Landgerichts angelegt gewesen, dreimal ist Herr Hofrath Pollini zu demselben geladen. Dreimal hat er jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen, sondern sich mit Erkrankung entschuldigen lassen, und dreimal hat der Termin deshalb wieder ausgesetzt werden müssen, weil der Beklagte darauf besteht, persönlich mit dem Herrn Hofrath vor den Schranken des Gerichts zu verhandeln. Am Donnerstag voriger Woche sollte wiederum ein Termin stattfinden. Dreißig Zeugen, Beklagter und Kläger waren geladen; die dreißig Zeugen und der Beklagte erschienen, jedoch der Herr Hofrath schickte zwei Stunden vor Beginn der Verhandlung ein Attest, das ihn brüskant schrieb und er selbst blieb und bleibt unsichtbar. Die Verhandlung mußte deshalb wiederum ausgesetzt werden, die zum Theil von Weither gekommenen Zeugen konnten wieder abziehen und vom Gericht sollten nun noch einmal alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um den unsichtbaren Herrn Hofrath zu veranlassen, einen Termin festzusetzen, wenn er dem Gericht die Ehre geben will, vor ihm zu erscheinen. — Da in dem Prozesse interessante Dinge über die hiesigen Theaterverhältnisse zur Sprache kommen werden, darf man mit Recht auf den endgiltigen Ausgang der Sache gespannt sein.

Die Frauen auf ungarischen Universitäten. Aus Budapest wird berichtet: Der König gestattete die Aufnahme von Schülerinnen an der medizinischen und philosophischen Fakultät und in den pharmazeutischen Abtheilungen der ungarischen Universitäten unter gewissen Kautelen. O. Preußen!

fügungen. Sie unterlägen demzufolge nicht der Aufsehung noch den im vierten Titel des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 vorgesehenen Rechtsbehelfen und seien auch nirgend sonst wo der Kontrolle des Verwaltungsrichters unterstellt. Das Verwaltungsverfahren finde aber nach § 7 Abs. 2 a. a. O. nur statt, soweit es durch besondere gesetzliche Bestimmungen zugelassen ist. Die Klage ist ohne mündliche Verhandlung abgewiesen worden. Dem Kläger steht das Recht zu, die Andersbaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung zu beantragen. Geschieht dies nicht, so gilt das gefällte Urtheil als endgiltig.

Wegen eines Artikels in er „Allgemeinen Zeitschrift“ war der Redakteur dieses Blattes, Genosse Knoll, zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurtheilt worden. Die Staatsanwaltschaft wie das Schöffengericht und das Landgericht hatten in dem Aufsatz, welcher der Person des Erfurter Zeitschrifts (Zunngs-)Meisters Fleischhauer ganz besonders gewidmet war, eine Beleidigung des genannten Herrn und der Beamten der Garnisonverwaltung zu Erfurt gefunden. Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches wurde Knoll verweigert. Derselbe stände ihm nicht zu, weil der Artikel durch Erfurter Interessen veranlaßt sei, K. aber in Berlin wohne; dieser irre, wenn er glaube, als Redakteur des Organs des Bundes deutscher Zeitschriften mit der Wahrnehmung der Interessen sämmtlicher Verbandsmitglieder in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ zu handeln, wie sie § 193 meine. — Der Angeklagte meldete Revision beim Kammergericht an und führte zur Begründung derselben aus: Wenn er von einer Beweichung der betreffenden Beamten gesprochen, so habe er diese durchaus nicht beleidigen wollen; es sei nur seine Absicht gewesen, H. zu kennzeichnen. Den Schutz des § 193 habe man ihm zu unrecht vorenthalten, denn er sei nicht nur der Redakteur einer gewerblichen Zeitung, sondern auch Zeitschrift, und als Berliner Zeitschrift habe er sogar ein sehr großes Interesse daran, ob in Erfurt die Löhne von Leuten wie H. gedrückt würden oder nicht. Sanken in Erfurt die Löhne bedentlich, dann gäben dort die Zeitschriften fort und kämen nach Berlin, wovon die Folge wäre, daß auch hier die Löhne im entgegengesetzten Verhältnis zur Vermehrung der vorhandenen Arbeitskräfte zurückgingen. Der Strafenrat des Kammergerichts wies am 25. Nov. die Revision als unbegründet zurück. Der Begriff der Beleidigung sei in keiner Beziehung vom Vorderrichter verkannt und der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches Knoll mit recht verweigert worden. Der Angeklagte habe höchstens lokale Erfurter Interessen wahrgenommen, und es stehe ihm nicht zu, als Redakteur des Fachblattes die Interessen aller Mitglieber seines Verbandes wahrzunehmen.

Die Beleidigung des Gewerberaths Siebdrath in Dresden und der Polizei in Leipzig vor dem Reichsgericht. Die Genossen Mohrlad-Berlin referirte am 29. October 1894 in einer Metallarbeiter-Versammlung in Leipzig-Sellerhausen über die Nothwendigkeit der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. In ihrem Referat berührte sie auch einen Vorgang, der ihren Gatten betraf und durch dessen Darstellung der Gewerberath Siebdrath in Dresden beleidigt sein soll. In der Debatte soll der Fabrikarbeiter Robert Nidel genannt Martz sich einer Polizeibeleidigung schuldig gemacht haben. Am 14. März d. J. wurde deshalb die Mohrlad und Nidel vom Landgericht Leipzig zu vier Monaten Gefängnis beziehungsweise einer Woche Haft verurtheilt. Das Reichsgericht hob aber am 10. Juni dieses Jahres das Urtheil auf und wies die Sache an das Landgericht Leipzig zurück, von dem die beiden Angeklagten am 11. Juli zur gleichen Strafe verurtheilt wurden. In der Verhandlung vor dem Landgericht wurde festgestellt, daß nach der Entlassung Mohrlad's die betreffende Fabrik am 13. Februar 1889 vom Fabrikinspektions-Assistenten Frießner revidirt wurde, und daß er kein Frühstück eingenommen hatte. Von diesen Thatfachen hatte die Mohrlad aber erst in der ersten Verhandlung vor dem Landgericht Leipzig Kenntniß erhalten. Nidel bestritt, die Aeußerung auf die Leipziger Polizei bezogen zu haben. Das Urtheil des Landgerichts hatte beiden den Schutz des § 193 des Straf-Gesetzbuchs, Wahrnehmung berechtigter Interessen, abgesprochen, weil bei Nidel bereits in der Form der Aeußerung eine Beleidigung erblickt wurde und bei der Mohrlad, weil sie nicht eigene Interessen verfolgt hat, jene Aeußerung nicht zur Unterstüßung ihrer Forderung, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren dienen sollte, der Instanzenweg zur Beschwerde über die geringsten Mängel nicht erschöpft gewesen ist, daß nicht die öffentliche Versammlung nur der Ort sein konnte, wo sie die Rechte ihres Mannes wahren wollte, weil sie nicht Fabrikarbeiterin war und wenn sie als Weib für ihre Geschlechts-genossen eingetreten sei, dies doch nur in sittlicher Beziehung geschehen sei. Bei der Strafmaßmessung hatte das Gericht berücksichtigt, daß sie im guten Glauben von der Wichtigkeit ihrer Schilderung gewesen sei, aber insofern fahrlässig gehandelt habe, daß sie sich nicht vorher bei ihrem Manne von der Wichtigkeit überzeugt hatte und daß sie Siebdrath nicht nur pflichtwidriges Handeln, sondern auch ein Vergehen zum Vorwurf gemacht habe. Gegen dieses Urtheil hatten wieder beide Angeklagten Revision eingelegt und kam die Sache am 25. November zum zweiten Male vor dem 8. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Die Revision rügt bei Nidel materielle Reichwerde, bei der Mohrlad materielle Reichverletzung und prozessuale Verstöße. Rechtsanwalt Dr. Heinemann in Berlin führt aus, daß das Landgericht ununterbrochen gegen die Judikatur des Reichsgerichts gerührt habe, daß ihm doch als Norm dienen mußte. Das Landgericht hat gar nicht geprüft, ob nicht die R. von den Gedanken beherrscht gewesen sei, daß eine Kritik der männlichen Fabrikinspektoren ihre Forderung auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren unterthünig würde und nach ihrer Auffassung die Erfüllung der Forderung für männliche wie für weibliche Arbeiterinnen Vortheile bringe. Die Annahme des Vorderrichters, daß sie nicht eigene Interessen gewahrt habe, sei hinfällig, da nach dem Verhältnis zu ihrem Gatten hier die eigenen Interessen gegeben seien. Der in der ersten Verhandlung erhobene Entlastungsbeweis ist in der zweiten Verhandlung nicht aufgenommen worden, obgleich von keiner Seite darauf verzichtet sei, desgleichen sei der Tenor des Urtheils des Reichsgerichts nicht in der Hauptverhandlung verlesen worden. Bei der Strafmaßmessung habe das Landgericht auf eine so hohe Strafe erkannt, weil sie Siebdrath den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit und des Vergehens gemacht habe, ohne hierfür eine Begründung zu geben. Weiter rügte Nedner, daß ihr der Vorwurf der Fahrlässigkeit gemacht worden sei und beantragte Aufhebung des Urtheils und Verweisung an ein anderes Landgericht. Rechtsanwalt Schumann beantragte Verwerfung der Revision, weil das Landgericht die im ersten Urtheil gerügte mangelhafte tatsächliche Feststellung bezw. des Schutzes des § 193 des Str.-G. B. nachgeholt und festgestellt habe, daß beide nicht zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Eine Verletzung des § 193 des Str.-G. B. sei darum jetzt nicht gegeben. Das Reichsgericht verwarf gemäß diesem Antrage die von Frau Mohrlad und Nidel eingelegte Revision.

Die Pressverhältnisse in Essig-Rothringen. Am 1. Juni d. J. wurde der Besitzer des Zaberner Anzeigers, Buchdruckereibesitzer Hermann Wiedicke vom Landgericht Zabern im Essig wegen einer angeblichen Kritik des deutschen Postwesens und weil er angeblich Roizen politischen Inhalts veröffentlicht hatte, aber die für politische Zeitungen erforderliche Kaution nicht hinterlegt hatte, zu 320 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Dr. Kändler hatten gegen dieses Urtheil Revision eingelegt und kam diese am 25. November vor dem 1. Strafenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Die Revision W.'s rügte Verletzung des Rechts, die Revision des Staatsanwalts verlangt Erhöhung der Strafe und Aufhebung des Urtheils.

Reichsanwalt Dr. Menge beantragte das Urteil aufzuheben. Das Reichsgericht schloß sich dem Antrage an und hob, soweit Freisprechung erfolgt und die Aufhebung der Zeitung nicht ausgesprochen war, das Urteil auf; soweit Verurteilung erfolgt war, verwarf es die Revision. Die Frage, ob die Notizen politische und wirtschaftliche seien, habe man im engeren Sinne aufgefaßt; das Gericht sei der Auffassung des Reichsanwalts beigetreten, daß nicht jede Notiz ohne weiteres als unter das französische Gesetz fallend betrachtet und als politisch anzusehen sei, sondern nur soweit, als sie politische und ökonomische Fragen behandle und entsprechend gruppiere. § 12 des Strafgesetzbuchs sei nicht verletzt worden. Den Anzeiger und seine Kopistatler hat man nur als ein Blatt angesehen. Die Aufhebung des Blattes halte es nach Judikatur des französischen Preßgesetzes für keine Strafe, sondern für eine administrative Maßregel und mußte das Gericht auch die Aufhebung aussprechen.

Vermischtes.

Aus Hof in Bayern wird gemeldet: In dem nahe Orte Moschendorf brachen Sonntag Nachmittag 2 Knaben beim Schlittschuhlaufen auf der Saale durch das Eis. Ein Porzellan-

malen namens Gang eilte ihnen zu Hilfe, brach aber selbst durch das Eis und fand mit den beiden Knaben den Tod. Die drei Leichen sind noch nicht gefunden.

Ein starker Nordoststurm herrscht, wie vom Sonntag aus London gemeldet wird, seit Sonnabend an der britischen Küste. Der Postdampferverkehr Hollands-Boulogne wurde eingestellt. Die Postdampfer von Calais, Havre und Brestingen hatten eine sehr gefährliche Ueberfahrt. Der Postdampfer von Dover nach Calais konnte in den Hafen von Calais nicht einfahren und kehrte abends 7 1/2 Uhr mit den Passagieren nach Dover zurück. Man befürchtet, daß eine Anzahl Fischerboote bei Vortrefflichkeit untergegangen ist.

Ueber eine Feuersbrunst wird aus London berichtet: Ein verheerendes Feuer fand am Sonnabend Abend in der Druckerei der Gebrüder Unwin in Chisworth in Surrey statt. Eine außerordentlich große Menge von Schriftwerken, deren Veröffentlichung bevorstand, verbrannte. Der Schaden wird auf annähernd 100 000 Pf. Sterl. geschätzt. 140 Angestellte sind brotlos geworden. Es bestand die Gefahr, daß 60 Tons Schießpulver, die in einem benachbarten Magazin lagerten, explodierten; durch die Anstrengungen der Feuerwehr wurde jedoch eine Explosion verhindert.

Waggonbrand. Aus Bamberg wird berichtet: Auf der schiefen Ebene ist am Sonnabend in dem Güterzuge 1713 ein mit Baumwolle beladener Waggon in Brand geraten. Dadurch wurde der doppelgleisige Verkehr längere Zeit gestört; der Schnellzug und die Personenzüge erlitten längere Verspätungen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffer (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt. Ein interessierter Genosse in Nidder. Sie haben recht; allerdings einzig aus dem Grunde, weil anonyme Zuschriften keine Beachtung finden.

G., Stendal. Derartige Mitteilungen müssen durch eine Organisation beglaubigt sein, wenn sie aufgenommen werden sollen.

H. W. 18. Die Ermittlung Ihres Verwandten in Chicago wird Ihnen vermutlich durch eine Zuschrift an das dortige Haupt-Polizeibureau gelingen. Wir glauben, daß als Adresse genügen würde: Central Police Office, Chicago (Illinois), U. S. of America.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 26. November.
Opernhaus, Jambou.
Schauspielhaus, Doktor Klaus.
Deutsches Theater, Tedeum.
Berliner Theater, Gasemann's Töchter.
Festung-Theater, Gräfin Krihi.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater, Der Militärstaat.
Schiller-Theater, Die Tochter Belshazz.
Hedwig-Theater, Der Rabenwatter.
Vorher: Aber die Ehe.
Adolph Ernst-Theater, Der kleine Lord.
Vorher: Die ewige Braut.
Central-Theater, Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater, Die kleinen Zimmer.
Vorher: Nr. 66.
National-Theater, Philippine Welscher.
Theater Unter den Linden, Der Zigeunerbaron.
Reichshausen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Dienstag: Die Tochter Belshazz.
Mittwoch: Das Mädchen von Heilbrunn.

Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
25/26 Chausseestraße 25/26.
Unwiderruflich nur noch 5 Tage
Gastspiel der Liliputaner.
Abends 7 1/2 Uhr:
Am 100. Male:
Die Reise nach dem Mars.

Sonnabend Nachm. 8 Uhr Abschieds-Kindervorstellung: Schneewittchen und die 7 Zwerge.
Sonnabend Abschiedsvorstellung der Liliputaner: Die Reise nach dem Mars.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Siegfried Bruch vom Stadttheater zu Mainz.

Philippine Welscher.
Schauspiel in 5 Akten v. Oscar Redwitz.
Regie: Max Samst.
Morgen: „Das Mädchen von Heilbrunn.“

Adolph Ernst-Theater.
Der kleine Lord.
Lebensbild in 3 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Mr. Hodgson Burnett übersetzt von Volten-Bäcker.
In Amerika 3240 Mal, in London 1262 Mal aufgeführt.
Hierauf:
Die ewige Braut.
Operette in 1 Akt von W. Mannshardt und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 82. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Akten von W. Mannshardt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Vereinzimmer mit Piano, 50 Pers.
G. Gern, Kleine Markstr. 10. (888b)

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
!Salambo?

Kaiser-Panorama (Passage).
Diese Woche.
Spanien von Madrid bis Sevilla.
Salzkammergut.
Eine Reise nur 20 Pf.
Viele tausend Abonnenten.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstraße 40.
Die kleinen Zimmer.
Vaudeville in 2 Akten v. Louis Varney.
Vorher:
Nummer 66.
Operette in 1 Akt von Offenbach.
Morgen: Die kleinen Zimmer.
Nr. 66.

Feen-Palast
Burgstraße 22.
Direktion: Winkler & Gröbel.
Abendliche stürmischer Jubel der so erfolgreich Attraktionsnummer.
Circus Carola, Teo, Zellus u. Peiserto, Silbon, Maakwood, Tilly Tiedemann, Geschw. Morré, Rowaly etc. etc.
Sonntag durchweg neue Spezialität.
Anfang: Wochentags 7 1/2, Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Civil- contra Militärmusik
Musikalisches Zeitbild v. Meynel.
Neuestes Ensemble der altbeliebten
Stettiner Sänger
(Meynel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Heute sowie jeden Dienstag:
Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Donnerstag: Concerthaus Sanssouci.
Empfehle mich bevor. Weihnachts- feste meine Geschäfte in groß. Auswahl von Spielwaren, Böttcherwaren, Haus- und Küchengeräthe. (1543b)
G. Michelen, Böttchermeister.
1. Geschäft: Rothbuser-Damm 93. Dresdenstr. 15.

Apollo-Theater
Letzte Woche des erfolgreichen November-Programms.
Heinr. Gluck, Familie Kräusel.
Mlle. Philo-Durand
The Wotkins, The Garmey's.
Cremo's Teutonenspiele
Kiste Rengel, Mlle. Ethardo.
Mlle. Bella Hofe.
u. f. w., u. f. w., u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Kaufmann's Variété-Theater.
Königsstraße, Kolonnenaden.
Das jugkräftige Programm:
Die Sensation Hull III!
Der Mann von Stahl III!
Les Mosquitos III!
Das Schönheitsquintett I!
Die schöne Venus III!
Natta Trio, die beste Pariser Cancan-Gesellschaft III!
Das Original Blum III!

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle.
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Johann Harting, Vielerfänger, Fel. Berger, Eider- und Walzerfängerin. Franz Feld, Gesangsbariton. Fel. Marion, Kostümbrette. Gust. Conrad, Charakter- u. Komiker. Geschw. Tilly, Duettisten.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Neuer Circus.
Circus BUSCH
(Bahnhof Börse)
Dienstag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Vorstellung
Sensationeller Erfolg!
Fischens, das Waldmädchen.
Gr. Ausstattungsspiel in 5 Akten von Direktor Busch.
Schwimmende Elefanten
schwimmende Pferde
mit Reitern.
Grandioses Ballet.
Außerdem: The Relampagos, Elite-Akrobat. 8 russ. Rapphongs, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Zum 1. Male: Ventrato, ohrenlos. Rapphongs, ger. v. Mme. Maria Doré. Adjunct, ohrenlos. Hengst, dress. u. ger. v. Herrn Postill-Burghardt. Senora Dolinda de la Plata, die beste Kunstreiterin der Gegenwart. Die 5fache Jockey-Konkurrenz. 1. Austr. d. Clowns Tom-Tom. Austr. d. Clowns Gebr. Rossi, Gebr. Cavallini und Mr. Veldoman.
Mittwoch: Zacheus, das Waldmädchen.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Heute! Heute!
Charakterbild in 1 Akt.
Scheffler Troupe, Miss Barbera, die Malattin, Clara und Hans Sarno, Duettisten, Martha Peters, Kostüm-Soubrette.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.
Entree 10 Pf., 50 Pf.
Eine Nähmaschine billig zu verkaufen
Grimmstr. 88, Hof r. part. bei Gantl.

Unserem Genossen, dem Buditer Carl Trittelwitz, zu seinem heutigen Wiegensfest die besten Glückwünsche.
Carl hat gut gelaufen, dann wird der Wein auf der Branda auch spritzen.
1548b
Deine Stammgäste.

Aufführung.
Für die liebevolle Teilnahme und reiche Kränzpensie bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders August Röpke
sagen wir allen Freunden und den Kollegen der Firmen Fr. A. Schauer und H. J. A. Schulte unseren innigsten Dank.
F. W. Schwarz, 1544b
nebst Frau und Söhne.

Die Verleumdung, die ich gegen den Kollegen Neumann ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück.
1545b
S. Tietzebrandt.

Kränze, Schleifen, Girlanden, Blumen empfiehlt den Parteilgenossen A. Nitz, Gärtner, NO., Friedensstraße 68. 86972

Aug. Krause, 80. Wienerstr. 13
u. Kranzbinderei. Blumen-Geschäft u. Verleumdung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Christbaum-Confect
reizende Neuheiten nur genteils. Waare 1 Kiste Inhalt ca. 480 Stk. 2,50 Mk. 1 Kiste Inhalt ca. 270 große Stücke 3 Mk. Siegfried Brock, Gellnowstr. 10a.

Teppiche
Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbenfehlern in Germania, Brüssel und Plüsch zu spotbilligen Preisen.
Größe Maß:
158x200 cm = 3,00, 5,-, 8,00
170x250 „ = 5,75, 11,00, 18,00
200x300 „ = 8,00, 13,-, 17,-
in reiner Wolle, das Stück 2,00 Mk.
in allen Farben, reine Wolle, 180x200 cm, das Stück 5,50 Mk.
Otto Büchler, Berlin O.
Königsstr. 26, Ecke Klosterstr.
Aukt. Versandgeschäft Berl.

Rohrtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Artikeln.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

2 Jahre Garantie!
Remont. Nidel 6,-
Silb. 100/1000 Goldrand 11,-
Desal. f. Damen 12,-
Spiral-Bracelet 20,-
15 St. 1. Gebälte Syst. Glasbälle 25,-
Goldrand 3. Def. 10,-
gar. haltb. 15,-
Wieder. Antegang leuchtend 2,70
Regulator 1 Tag
Geh. u. Schlagwerk 8,50
Regul. 10 Tage Geh. u. Schlagw. 12,-
Instr. Preiskurant über Uhren, Ketten, Feder, Regulatoren, Gold- und Silberwaren bis zum feinsten Genre gratis und franko! Nicht Passendes wird umgetauscht oder der Betrag zurückerstattet.
Eugen Karecker, Uhrenfabrik
Konstanz 203, Baden.
2 Jahre Garantie!

Läuferstoff-Reste
von 6-18 Meter für Treppen, Korridore und zum Auslegen ganzer Zimmer spotbillig.
S. Unger, Teppichfabrik, Berlin 5, 48 Oranienstr. 45.

Strickvoll-Reste, Zephyr, Rockvoll. zu Partipreisen jetzt Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

Pelzwaren
zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt
Adolf Gabel, Jerusalemstr. 65, (Baden an der Kirche). Sämtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter eigener fachmännischer Leitung hergestellt und in jeder Preislage vorrätig. Teleph. Amt IV Nr. 1407.

Herren-Stoffreste.
Eleg. Neuheiten, zu Hosen, Anzügen, Paletots etc. Gelegenheitsläufe spotbillig Tuchlager Dober Steinweg 4 bei Engel.

Halt! Halt!
Von heute ab verende ich nicht mehr zum alten Preis von 5,50, sondern von 8, 10, 12, 15 und 20 Mk., aber nur prima Harzer Kanarienvögel guter Zucht. Weibchen von diesem Stamm 1,50, mit schöner Haube 2 Mk., unter Garantie für Werth und lebende Ankunft. 14 Tage Probezeit, was nicht gefällt, nehme ich zurück. Versandt nur per Nachnahme. Anfrage mit Retourmarke an L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen a. Harz.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelins und Plüsch spotbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Arbeitsanzüge
W. Fahr, Brunnenstr. 112.
Gardinen auch Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spotbillig in der Gardinenfabrik n. Bruno Götter, Grüner Weg 80, part. (kein Baden) Eingang vom Flur.

Pelzwaren
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen direkt in der Fabrik von
Wilh. Reinecke
Stallschreiberstr. 50/51, 1 Treppe. (Ecke Alexandrinen-Strasse), Mühlstr. Preiskurant gratis und franko. Telephon: Amt IV Nr. 9790.

Täglich bis 10 Uhr abends und Ausverkauf!
Wegen Todesfall sollen die vorhandenen Lagerbestände, bestehend in allen Arten Möbelstoffen, Teppichen, Gardinen, Portieren, Läuferstoffen, Tisch-, Stopp- und Plüschdecken etc. etc. unterm Kostenpreise schleunigst ausverkauft werden. 8604L
G. Littmann's Special-Geschäft, Landsbergerstr. 97 part. Sonntags 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Hört, hört! für 22. Kieferseinstufung
n. Maas Straußstr. 14, I.
Möbel, gebrauchte, kauft Burov, Hofentalerstr. 18.

Für Taubenliebhaber habe noch 18 schöne lange blaue Tauben zu verkaufen. Göttingerstr. 66, vorn 4 Tr. r. 1548b
Schliff. für 1 anständ. jungen Mann (Garnistenschliff) sof. Blücherstr. 24, Hof rechts 2 1/2 Tr. 1547b
Möbl. 3. auch als Schlafz. f. d. v. D. bill. z. v. b. Gen. Palm, Langestr. 8, v. IV.
Schliff. W. Genthinerstr. 89, Engelmann.
Hochstr. 20 W. G. Ender, Schliff. z. verm.

Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr:
Volk-Versammlung
im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c.

Tages-Ordnung:
1. Was haben die Arbeiter von der liberalen Stadtverwaltung zu erwarten?
Referenten: **Paul Singer** und **Wilhelm Börner**.
2. Diskussion.
NB. Die Wähler des 17. Kommunal-Wahlbezirks sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen.
S. A.: **Georgi**.

4. Wahlkreis.
Große öffentliche Versammlung
am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Nieft**, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl im 27. Kommunal-Wahlbezirk.
Referent: Stadtv. **Paul Singer**. 2. Diskussion.
NB. Die Verkündigung des Wahlergebnisses findet am Freitag, den 29. Nov., abends 8 Uhr, im selben Lokal statt.
Das Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung

am Dienstag, den 26. November 1895, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der „Berliner Buchdruckerei“, Am Tempelhofer Berg 2-6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Richard Calwer** über: „Sozialistische Strömungen innerhalb der heutigen Bourgeoisie“.
2. Diskussion.
3. Ev. Fragen.
Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer.
Heute, Dienstag, abends 1/9 Uhr, Annenstraße 16:
Versammlung.
Tagesordnung: Modellangelegenheiten.
Der Vorstand.

Achtung! Gürtler! Achtung!

Mittwoch, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im Lokal von **Henke**, Naunynstraße 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Paul Gittin** über: „Florian Geyer“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes.
Besonders sind die Kollegen aus den Werkstätten **A. C. Lehmann**, **Spinn & Sohn**, **Quell & Co.**, **Moser & Brüder** hiermit eingeladen und ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
116/13 Der Vertrauensmann. **Richard Heinrich**, Wienerstr. 61.

Achtung! Schmiede! Achtung!

Große öffentliche Versammlung
Mittwoch, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr bei **Bücker**,
Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 2. Berichterstattung und Abrechnung der Agitations-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Abrechnung vom Monats. 4. Verschiedenes.
176/4 Der Einberufer.

Buchbinder! Mittwoch, den 27. Novbr., Buchbinder!

Große öffentliche Versammlung
aller in

Buchbinderereien
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Lokale des Herrn **Boltz**, Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:

1. Die Angelegenheiten bei **Maurer & Dinmich**.
2. Die Ueberschreitungen der Gewerbe-Ordnung in Buchbinderereien im allgemeinen.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ersucht
24/8 Der Einberufer.
NB. Bitte, die Kolleginnen auf dieses Inserat aufmerksam zu machen.

Der Arbeitsnachweis
des Fachvereins der Bildhauerinnen befindet sich von jetzt ab beim Genossen **Stramm**, Ritterstraße 123. Der Vorstand.

„Konzerthaus Sanssouci“
Kottbuserstraße 4a.

Heute, Dienstag, den 26. November, abends punkt 8 1/2 Uhr:
5. Abonnements-Konzert
(Walzer-Abend)

der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins.
Orchester: 50 vorzügl. Musiker. Dirigent: **V. G. Schöner**.
Ouverturen: „Felsenmühle“ von Reisinger, „Stimme von Portici“ von Huber.
„Der Liebestraum“, Klavierkonzert von Chopin (Solist: Herr **Fuhrmann**). Auf vielfaches Verlangen: „Die Schmelze im Walde“, Idylle von **Michaëlis**, „Jahrmärkte in Krakau“, Tongemälde (12 Bilder) von **Schreiner**, „Musikalische Altunternehmungen“, großes humoristisches Potpourri von **Contradi**, etc.
Programme à 5 Pf. Schluss des Concerts 11 1/2 Uhr.
Abendkasse: 25 Pf. pro Person (Nichtabonnenten).
Nach dem Konzert: **Familien-Kränzchen**.
NB. Die nächsten fünf Concerte werden rechtzeitig bekannt gegeben und behalten sämtliche nicht völlig verwendete Abonnementskarten auch zu diesen Gültigkeit.
50/20

Stempel jeder Art, Spez.: Datum u. Marken.
Stempel, Monogramme und Signaturablen, Gravirungen empfiehlt **H. Guttman**, Brandenburgerstr. 9. 37611

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!

Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
bei **L. Keller**, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
Die Arbeits-einstellung in der Pianomechanik-Fabrik von Langer & Co., Blumenstraße 28.
Der Vertrauensmann.

142/19
Ersuchen: **Arbeiter-Verkehrs-Almanach** für Berlin und Umgebung.
Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf.
Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-spediteure, sowie vom Verlage: **Hans Baake**, Berlin S., City-Passage

Achtung!! Arbeiter!! Achtung!!
Um auch dem Unbemittelten Gelegenheit zu geben, sich den Genuss des von allen Ärzten empfohlenen Cognacs zu verschaffen, gebe ich von heute an einzelne Flaschen meiner
stadtbekannten, garantiert naturreinen Cognacs, welche aus französischem Weindestillat hergestellt und frei von Essenzen, ätherischen Oelen oder sonstigen Surrogaten sind, zu Engrospreisen an die Arbeitererschaft ab.
Es kostet: 1 Originalflasche Cognac type fine borderie 1,25 M.
!! Ladenpreis das Doppelte !!
J. Henschel, Cognac Distillery, System Charente, SW., Jerusalemstr. 66. Fernsprecher: Amt IV 3012.
Der Verkauf findet im Komtoir Hof links parterre statt.

Karol Weil's Lanolinseife
ist mild und angenehm für die Haut. Ueberall käuflich.
Preis 10 Pfg. 3793L
Nur acht mit unserer Firma:
Karol Weil & Co.

(Modell) 1000 (Damen!) Nach beendeter Engros-Saison werden jetzt einzeln zu Engros-Preisen verkauft Seiden-Seal-Püschjackets 15-35 M., Astrachan-, Plüschkragen etc. 5-30 M., Winterjackets 8-15 M., hoch-elegante Abendmäntel, m. Feder od. Pelzshawl, auf Seide wattirt 8-35 M., Herbst-Regenmäntel 8-15 M. **Landsberger-Strasse 59, 1 Treppe**, am Alexanderplatz.

14. Brunnen-Strasse 14.
Billigste Bezugsquelle
für
Mehl, Mühlenfabrikate, Süßfrüchte u. Kolonialwaren
im Spezial-Geßäft **Lust & Co.**
14. Brunnen-Strasse 14.
Berlin N. 3764L
Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vor-orten. Nach ausserhalb franko Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Max Richter, Berlin O., Grüner Weg 65, Hof I.
Bilder und Wästen (Marx, Raffale 62 1/2 cm hoch) nebst Bildereinrahmung. Saaldekorationen, Stecklaternen, Knallbonbons etc. Solide Preise. 3315L

Paul Zimmermann's Bier-Verlag,
O., Grüner Weg 19,
empf. sich zur Lieferung sämtlicher Biere für Werkstätten und Hausbedarf

Achtung! Kaufen Sie nur echte Branntweine alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleinvorlauf von 10 Pf. ab.

B. Günzel, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Baskette, Marx etc. in Cigarettenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Wästen Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preislostant.

Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonntage zu vergeben. 33911L

C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle,
Lichtenbergstr. 16.
Neu renovierte Säle mit Bühne für 20-500 Pers. Tanzunterr. j. Sonntag v. 4-6 U. nachm., Donnerstag v. 8-11 U. abds. Jeden Sonntag Ball. Montags Frei-Theatervorstellung. 3150L

F. Nagel's Festsäle,
Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag: **Humor Soirée** der Gesellschaft **Hilaria**.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Säle, gr. u. kl. Vereinszimmer.

Brochnow's Ballsäle
Sebastiansstraße 39 an der Jakobstraße.
Jeden Sonntag, Montag u. Dienstag:
Großer Ball.
Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zu Veranlassungen zu vergeben. Einige Sonntage sind noch frei. 3327L

Zahnärztliche Poliklinik
Rixdorf, Bergstr. 12, 2 Tr.
Sprechst. 8-9 1/2 Uhr (auch Sonntags).

6 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig
Liefert Wrangol-Strasse 8.
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, leicht, wdhentl. 1 M. wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Nervödoden bei Beistellung umsonst.
Guckel, Luisenplatz 2, Elsfasserstr. 12.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, da in Rücksicht auf eine in nächster Woche stattfindende öffentliche
Volkversammlung
in dieser Woche keine Versammlung des Wahlvereins stattfindet.
Gleichzeitig zur Kenntniss, dass vom Donnerstag, den 28. November, abends, bei **F. Kleinert**, Müllerstrasse 7, Willeis zu den zwei Urania-Vorstellungen am 1. Dezember zu haben sind.
247/2 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tabakarbeiter.
Eodes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb nach längeren Leiden das bisherige Mitglied, Frau **Cäcilie Kramm**.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. M., nachm. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause Weidenweg 19 aus nach dem St. Georgen-Kirchhof in der Landsberger Allee statt.
Um hilfes Beileid bittet
189/6 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin.

Der Bezirksausschuss zu Berlin hat unter dem 14. November d. J. die in der Generalversammlung vom 11. September d. J. beschlossenen Änderungen der §§ 13 und 30 zum Statut vom 24. Januar 1894 genehmigt.
Diese Änderungen treten mit dem 2. Dezember d. J. in kraft. Die Kasse gewährt infolge dessen statt 13 wieder 26 Wochen Krankenunterstützung.
Die Beiträge werden herabgesetzt und zwar:
für die 1. Klasse auf 75 Pf.
" " 2. " " 57 "
" " 3. " " 51 "
" " 4. " " 33 "
" " 5. " " 24 "
Berlin, den 26. November 1895.
Der Vorstand.
Otto Wolf, Vorsitzender.

Achtung! Kein Laden!
Schirme u. Spazierstöcke äusserst billig. Reparaturwerkstatt im Hause.
J. Richter, Stettinerstr. 19, pct.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Flavierarbeiter!
Die Kollegen der Pianomechanik-Fabrik von **Langer & Co., Blumenstr. 28**, haben wegen Misshandlung die Arbeit niedergelegt.
Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.

Achtung, Klavierarbeiter!
Die Kollegen in der Pianowerkstätte von **W. Steiner**, Krautstr. 52, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.
Die Kontrollkommission.

Möbelpolierer.
In der Werkstatt von **Jerabeck, Griebensw. 3**, haben die Kollegen aufgehört wegen Lohnunterschieden. Bitte dieses zu beachten.
145/19 Der Vorstand.

Chemisches-Plättchenverl. in und außer dem Hause
Gebr. Seelig, Dr. Hamburgerstr. 40.
Kartographenverl. Landsbergerstr. 16, Hof.

Ein Zigarrenmacher, der selbst Bildl. macht, verl. Zwillingstr. 14a, Schmidt.
Tüchtiger Farbigmacher bei gutem Lohn wird verlangt Oranienstr. 119.

Gerichts-Beilage.

Eine schwere Anschuldigung im Amte wurde dem Nachwächter Gustav Lutter aus Rixdorf zur Last gelegt, welcher gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. stand. Der Thatsache, welcher der Anklage zu Grunde lag, hat seinerzeit großes Aufsehen in Rixdorf erregt, umso mehr, als er mit der Ehefrau des Gendarmen Höppler zeitlich zusammenfiel. Am Charfreitag des vorigen Jahres lehrte der Klempner Neumann mit dem Maurer Bärowaldt spät in der Nacht nach Hause zurück. Letzterer schloß auf, Neumann trat mit ein, beide ließen aber die Hausthür offen stehen. Gleich darauf erschien Lutter, der in demselben Hause wohnte, auf der Straße und revidierte, ob die Hausthür verschlossen sei. Da das Gegentheil der Fall war, rief er den beiden Männern nach, daß sie die Hausthür hinter sich schließen sollten. Neumann lehnte zurück und in dem Glauben, daß dieser die Thüre offen gelassen habe, machte ihm Lutter Vorwürfe. Daraus entstand ein Wortstreit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Neumann hat dabei eine blutende Verletzung des Kopfes davongetragen, die von den Schlägen des Lutter mit seinem Schlüsselbunde herrühren sollte. Doch auch Lutter ist verletzt worden; er hat mehrere Kratzwunden im Gesicht und eine geschlagene Lippe davongetragen, die acht Tage lang geschwollen blieb. Neumann hat Anzeige wegen dieses Mißbrauches erstattet, hat dieselbe aber später zurückgezogen und sich mit Lutter versöhnt. Einige Zeit nachher kam der Einleum-Arbeiter Lutter zu Neumann, brachte eine geschriebene Anzeige mit und bewog den Neumann, durch den ausgesprochenen Wunsch, dem Wächter etwas an Fugge zu thun, die Anzeige zu unterschreiben, worauf Neumann einging, worauf die Anzeige an das Amtsbureau ging. Vor Gericht standen sich Anklage und Aus sage gegenüber; Neumann behauptete, mit dem Schlüsselbunde geschlagen worden sein, selbst aber nicht geschlagen zu haben. Sein Freund Bärowaldt habe von der Schlägerei nichts gesehen, will vielmehr während der Zeit nach seiner Wohnung gegangen sein. Andererseits wurde festgestellt, daß auch der Angeschlagene Verletzungen davon getragen hat. Da Lutter wegen eines gleichen Vergehens schon einmal mit 50 Mark Geldstrafe vorbestraft ist, beantragte der Staatsanwalt sechs Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte, daß er dem Neumann vollen Glauben geschenkt haben würde, hätte sich derselbe nicht auf einer offensichtlichen Unwahrheit erlassen lassen, die sein Zeugnis bedeutend mache. Hätte derselbe gesagt: „Ja, ich habe mich gewehrt und habe auch geschlagen!“ dann würde der Gerichtshof angenommen haben, daß er in Nothwehr gehandelt hätte. Da Neumann aber bestritt, geschlagen zu haben, während das Gegentheil erwiesen sei, so könne ihm überhaupt keine besondere Glaubwürdigkeit beigemessen werden. Daß Lutter mit dem Schlüsselbunde geschlagen habe, sei zwar eine grobe Ungehörigkeit, doch müsse, da seine Behauptung nicht widerlegt sei, angenommen werden, daß er in Nothwehr gehandelt und die Grenzen berechtigter Nothwehr nur in der Verhütung überschritten habe, und daß sei kriminell nicht zu bestrafen. Es habe daher auf Freisprechung erkannt werden müssen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte in ihrer Nr. 173 vom 29. Juli den Bericht über eine Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung aufgenommen. Durch diesen Bericht fühlte sich der Direktor der Kammergerichts- und Justiz-Abteilung als beleidigt und hatte gegen die Genossen Richard Zilge, Metallarbeiter Max Paul Jacobsen als Referent jener Versammlung und Joseph Glanzmann als Verfasser des Berichts Privatklage erhoben. Nach den Angaben von Jacobsen bezog sich die inkriminierte Stelle nicht auf den Kläger, sondern auf den technischen Direktor Büschel. Dieser hatte nicht Strafantrag gestellt, weil er sich nach den Angaben Hauschids durch den Wort des Kollegen Schwarz in Wühlhausen eingeschüchtert fühlte. Die Klage endete mit einem Vergleich. Die Beklagten gaben eine Erklärung ab, daß sie den Privatkläger nicht gemeint hätten, ihn auch nicht verletzen wollten. Zilge versprach auch eine Buße von 30 M. an die Diener-Unterstützungs-Kasse zu zahlen.

Versammlungen.

Die Berichte sind nur auf einer, nicht auf beiden Seiten des Papiers, und mit einer, nicht mit beiden Seiten zu schreiben. Zwischen den Zeilen genügend Raum zum Fortschreiben zu lassen. Der Verfasser hat seine vollständige Adresse anzugeben.

In den Stadtverordneten-Wahlen. Zum Bericht über die Kommunalwähler-Versammlung im 17. Bezirk, der in der 2. Beilage der Nr. 273 des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, sandte uns der darin als Redner genannte Herr Dr. Arthur Bernstein folgende berichtende Angaben:

1. Ich habe Lutter nicht mit Schmutz beworfen, vielmehr habe ich nur gesagt, er habe Schmutz-Delitzsch persönlich auf das festgesetzte angegriffen, obgleich er sicher mehr auf dem Reckholz gehandelt hätte, als Schulze.
2. Den Namen des Herrn Weibel habe ich an jenem ganzen Abend nicht in den Mund genommen.
3. Ich habe mich nicht generell gegen die Forderung der Schulze gewandt, sondern gegen die Art, wie Herr Stadthagen diese Frage behandelte.
4. Herr Stadthagen hat mir nicht „Irthümer“ und „Geschmacklosigkeiten“ nachgewiesen, sondern mir ziemlich unverblümt „wisse n t l i c h e U n w a h r h e i t“ vorgeworfen. Diesen Vorwurf zu beweisen, werde ich Herrn Stadthagen ausgiebige Gelegenheit vor Gericht geben.

Zu dem in lokalen Theil der Nummer 274 des „Vorwärts“, 1. Beilage, veröffentlichten Bericht zum Bericht über die erwähnte Kommunalwähler-Versammlung schreibt Herr Arthur Bernstein ebenfalls berichtend:

1. Ich habe während der Rede des Herrn Stadthagen nur einen einzigen so leisen Zwischenruf gemacht, daß er auf seine Anfrage ein Genosse rief: „er hat gesagt: „das ist nicht wahr.“ — Dennoch ist es unwahr, daß ich mich während des Vortrages durch überlauten Zwischenruf bemerklich gemacht habe.
2. Ich habe nicht die Ansicht verbreitet, es müsse die Versammlung wegen des Unstilles geschlossen werden, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich mit Rücksicht auf Herrn Börner mich einzufanden wolle, da möglicherweise die Polizei Schließung der Versammlung um 12 Uhr verlange (was mir selbst schon passiert ist).
3. Es ist unwahr, daß ich bemüht gewesen bin, Unruhe in der Versammlung hervorzurufen.
4. Ich habe nicht gesagt, die Handlungsweise Stadthagen's sei nicht schön, sondern ich habe gesagt, es sei von Herrn Schulz nicht schön, einen solchen Vorwurf beweislos zu erheben. Da ich aber voraussetzte, daß Herr Stadthagen diesen Zwischenruf benutzen würde, um sich einer weiteren sachlichen Diskussion zu entziehen, schlug ich vor, die (übrigens ziemlich gleichgültige) Sache zu vertagen, bis Herr Schulz Herrn Stadthagen nähere Angaben gemacht habe.
5. Der durch den ganzen Bericht gehende Verdacht, als habe ich irgend eine Absicht gehabt, die Versammlung zu stören, ist unbegründet. Vielmehr kam mir der durch Herrn Schulz

hervorgehobene Zwischenfall sehr unangenehm, Herrn Stadthagen allerdings nicht.

6. Schließlich bemerke ich, daß ich die Versammlung besucht hatte, um Herrn Singer zu hören und zu interpellieren, und wenig erfreut war, als statt dessen Herr Stadthagen sprach, mit dem zu diskutieren wenig angenehm ist.

Genosse Stadthagen, zu einer Aeußerung über diese Mißlassungen von uns ersucht, schreibt uns:

„Die Behauptungen des Dr. Bernstein widersprechen in allen wesentlichen Punkten der Wahrheit. Zutreffend ist nur, daß — wenigstens soweit ich mich entsinne — Dr. Bernstein Weibel nicht erwähnt und auf den Vorwurf in der von ihm bezeichneten Art hingewiesen hat. Unrichtig ist, daß Dr. Bernstein Lutter nicht mit „Schmutz beworfen“ hätte. Er erklärte, Lutter habe Schulze-Delitzsch lediglich in der „persönlichsten, gemeinsten“ Weise angegriffen. In der Erwiderung wies ich darauf hin, daß Dr. Bernstein, wenn er das bekannte Antwortschreiben Lutter's gelesen habe, wissen müsse, daß Lutter bei seinen durchaus zutreffenden sachlichen Angriffen gegen Schulze-Delitzsch dessen persönliche Ehrenhaftigkeit betont habe. Will Dr. Bernstein dies vor dem Rabi, den er in echt freimüthiger Art anrufen zu wollen scheint, beweisen haben — mir kann's recht sein. Unwahr ist, daß Dr. Bernstein nicht wiederholt durch sehr laute Zwischenrufe die Versammlung gestört habe und daß ich auf dieselben erst durch andere Zurufe aufmerksam gemacht sei. Unrichtig ist auch, daß Herr Dr. Bernstein das Vorgehen des Herrn Schulze, wie er behauptet, getadelt habe, vielmehr habe auch ich den Sinn der Worte des Dr. Bernstein so aufgefaßt, wie der „Vorwärts“ sie in seinem lokalen Theil wiedergab, — und mit mir eine Anzahl Genossen, die sofort nach der Versammlung mir gegenüber über dies Ausrufen des Dr. Bernstein ihre lebhafteste Entrüstung kundgaben. Hat Dr. Bernstein das Gegentheil dessen sagen wollen, was er gesagt hat, so hätte er versuchen sollen, seinen Gedanken den richtigen Ausdruck nicht zu verpassen. Auf die persönlichen Angriffe des Dr. Bernstein einzugehen, hieße den Anklagen dieses liberalen Herrn eine mit der Wahrheit in erheblicher Differenz stehende Bedeutung beilegen. Nur auf einen Punkt sei hingewiesen. Dr. Bernstein erklärt, er habe vorausgesetzt, „daß ich den Zwischenfall bemerken würde, um mich einer sachlichen Diskussion zu entziehen“. Er wußte das Gegentheil. Denn ihm konnte nicht entgangen sein, daß ich meine Entgegnung ihm gegenüber in 10 Minuten unter lebhaftem Beifall der Versammlung vor dem plumpen Angriff seines politischen Gesinnungsgenossen beendet hatte und daß außer einer Reihe anderer Genossen sich Genosse Börner zur Widerlegung etwa von jener Seite vornehmender Angriffe und zur Vorlegung seines Standpunktes zum Worte gemeldet hatte. Zum Schluß kam ich dem Dr. Bernstein den Dank nicht versagen, daß er und sein politischer Freund durch die Art ihrer „sachlichen“ Diskussion nach den mitgetheilten Mittheilungen einer Reihe Indifferenten die Augen dar, der geöffnet hat, welche Kampfmittel „liberale“ Anhänger des Stadtverordneten Liebenow anzuwenden für nöthig halten. Trotz des Mißfalls, daß deshalb Herrn Liebenow billigerweise geüßelt wird, wird hoffentlich der Kampfmittelgebrauch Indifferenten gegen die liberalen und für die sozialdemokratische Kandidatur wachsen. Mit vornehmendem Ernste ich die Sache für den Namen des „Vorwärts“ für erledigt.“

Die Darstellung unseres Berichterstatters entspricht demnach in allen wesentlichen Punkten der Wahrheit.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlin und Umgebung ehrte in seiner Mitglieder-Versammlung am 18. d. M. das Andenken des verstorbenen Kollegen Lehmann als Köpfer in der üblichen Weise und nahm dann einen Vortrag des Genossen Kempf über Zweck und Bedeutung der Arbeitervereine mit Beifall an. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Kassirer Arndt bekannt, daß bei dem Vergleichen der Filialen Adlershof und Alt-Glenide am 16. d. M. 14,46 M. und in der Mitglieder-Versammlung in Jensei am 17. d. M. 4,60 M. für die Witwen des verstorbenen Kollegen Lehmann-Köperer gesammelt wurden und derselben ausgehändigt sind.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale II, hörte am 18. November einen Vortrag Dr. Weyl's über die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Die zahlreich besuchte Versammlung bewies, daß die Kollegen Interesse an solchen Vorträgen haben, und es wird als sehr wünschenswerth bezeichnet, daß öfter solche Vorträge in den Mitglieder-Versammlungen gehalten werden. Der Vorlesende machte noch bekannt, daß zum 1. Dezember Annenstraße 16 eine kombinierte Vereinsversammlung einberufen wird, und forderte die Kollegen auf, sie recht zahlreich zu besuchen.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Bernfsmusiker hörte in ihrer Versammlung am 19. d. M. einen Vortrag des Genossen Meyner über das Thema: „Die Kunst im Dienste des Kapitals“. Nach dem ausführlichen Referat übertrug das Eigentum der Vereinigung u. a. aus 79 Musikstücken, mehreren Musikinstrumenten u. d. Bibliothek aus 85 Bänden; das Vereinsvermögen beträgt 397,36 M., der Sterbe-Unterstützungsfonds 111 M. 60 Pf. wurden für freitragende Gewerkschaften bewilligt. Zu Referat wurden gewählt: Fregang, O. Hartwig, M. Wehlhase. Kollege Schonerl berichtete, daß sich die Abkommenskonferenz regen Zuspruchs und großer Beliebtheit erfreuen; um immer besseres zu leisten, möchten sich die Mitglieder teils an den Proben und Aufführungen beteiligen.

Die Arbeiter aller im Bauhand thätigen Branchen waren von der zur Feststellung der Mißstände im Baugewerbe eingesetzten Kommission zu Sonntag Vormittag nach Keller's Fiskalen eingeladen, um Stellung zu den besagten Mißständen zu nehmen. Genosse Silberschmidt als Vertreter der Kommission hielt das einleitende Referat und ging zunächst auf die Entstehung der Kommission und deren Thätigkeit ein. Von den Dresden Bauarbeitern, so äußerte sich der Redner, sei im Herbst vorigen Jahres die Anregung zur Aufnahme einer Statistik über die Mißstände im Baugewerbe ausgegangen. Anhänger der Zentralorganisationen in verschiedenen Städten Deutschlands waren dieser Anregung gefolgt, und so hätte sich die Kommission gebildet zu dem Zweck, die im Bauhand herrschenden Mißstände aufzudecken und vor das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. In 148 Städten seien dahingehende Aufnahmen gemacht worden, wodurch das bisher nur sehr lückenhafte Material soweit ergänzt worden sei, daß sich nun ein ungefähres Bild der herrschenden Mißstände ergeben habe. Was insbesondere die Arbeiter der Berliner Kommission, die Redner vertritt, anbetrifft, so sei sich diese sehr wohl bewußt, daß das von ihr zu Tage gebrachte Material bei weitem nicht alle im Baugewerbe herrschenden Mißstände einschleife. Bei der Kürze der Zeit, die der Kommission für die sachlichen Erhebungen — diese begannen erst Ende September d. J. — zur Verfügung stand, habe sie nur einen Teil der Bauten berücksichtigen können, auch sei es bekannt, daß gerade auf den Bauten, wo die schreiendsten Mißstände herrschen, der Zutritt für jemand, der nicht auf dem Bau arbeite, sehr erschwert werde.

Aus diesen Gründen seien die Veröffentlichungen der Kommission durchaus nicht erschöpfend; was sie aber in Beziehung auf Mißstände veröffentlicht habe,

das beruhe in allen Fällen auf Wahrheit, und das könne die Kommission nach jeder Richtung hin vertreten.

Die Unternehmerrasse, vor allen die „Baugewerks-Zeitung“, rede seit Bestehen des Unfallgesetzes ihren Lesern vor, daß die Arbeiter häufig die nöthige Vorsicht außer acht ließen, und durch ihren Leichtsinns selber manche Unfälle verschuldeten, ja sogar muthwillig solche herbeiführten, um in den Genuss der Rente zu kommen. Die nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft giebt, wie Redner weiter anführte, seit dem Jahre 1880 eine Unfallstatistik heraus, aus der nach der Unternehmerrasse hervorgehe, daß die Vermehrung der Unfälle in den letzten Jahren auf die genannten Gründe zurückzuführen sei. Die „Baugew.-Ztg.“ meint ferner, daß die Zahl der Unfälle sich vermehren werde, wenn die Arbeiter bei selbstverschuldeten Unfällen keine Aussicht auf Rente hätten. Silberschmidt ist dagegen der Ansicht, daß, obgleich die Unfälle im Verhältnis zur Zahl der im Bauhand beschäftigten Arbeiter in den letzten Jahren zugenommen haben, diese Vermehrung doch aus anderen Ursachen zu erklären sei. Die letztvergangenen Jahre seien bekanntlich für das Baugewerbe sehr ungünstig gewesen, und angesichts der geringen Arbeitsgelegenheit hätten die Arbeiter manche Mißstände ruhig hinnehmen müssen, denn sie konnten mit recht befürchten, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie gewisse Vorrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit gefordert hätten. Nicht der Leichtsinns der Arbeiter, sondern der Unternehmerrasse, die ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter häufig die selbstverständlichen Sicherheitsvorkehrungen nicht ausführen ließen, sei schuld an der Zunahme der Unfälle. Das Gerede der Unternehmerrasse von leichtsinnig oder gar muthwillig herbeigeführten Unfällen der Arbeiter erkläre sich nur zu geringe dadurch, daß in der nächsten Reichstagsession die Beratung einer Novelle zum Unfallgesetz in Aussicht stünde, und dieses Gesetz nach Möglichkeit zu ungunsten der Arbeiter zu verschlechtern, das sei der lebhafteste Wunsch der Unternehmerrasse. Um diesem arbeitserfindlichen Streben die Spitze zu bieten, habe sich die Kommission an die Erforschung der Mißstände im Baugewerbe gemacht, und hoffe durch Aufdeckung derselben die wahren Ursachen der Unfälle darzulegen. Das durch die Kommissionsarbeiten zu Tage gebrachte Material solle in Form einer Denkschrift dem Reichstage unterbreitet werden, die den Abgeordneten unserer Partei brauchbaren Stoff bei der Beratung der Unfallgesetz-Novelle liefern werde. Die Arbeiter hätten also das größte Interesse daran, daß die längst gewünschten Uebelstände richtig und wahrheitsgemäß dargestellt würden. Auch könne es nur vorthellhaft für uns sein, wenn das größere Publikum durch derartige Veröffentlichungen, wie sie seitens der Kommission gemacht worden, von den unwürdigen Zuständen im Baugewerbe Kenntnis erhalte.

Der Redner besprach nimmere verschiedene Einzelfälle von Mißständen auf Bauten, die unseren Lesern aus einer Anzahl jüngst im „Vorwärts“ veröffentlichter Artikel bereits bekannt sind, und die er zum großen Theil selber erforscht hat. Ferner führte er noch einige ähnliche Fälle aus Steglitz und Lichterfelde an, und kam zu der Ansicht, daß ein großer Theil der Mißstände hätte abgestellt werden können, wenn die Polizei-Organen, denen die Aufsicht der Bauten obliegt, darauf ein wachsameres Auge gerichtet hätten.

Die bis jetzt besprochenen Fälle betrafen nur das Maurer- und Zimmerergewerbe, aber, so führte Redner weiter aus, in gleicher Weise wie diese, haben auch alle übrigen Bauhandwerker unter denselben oder ähnlichen Uebelständen zu leiden. Deshalb sollten alle Arbeiter ihre Stimme erheben, und die unwürdigen Zustände, unter denen sie leiden, an die Öffentlichkeit bringen, um dadurch einer drohenden Verschlechterung des Unfallgesetzes vorzubeugen. Wenn auch vom Reichstage nicht zu erwarten sei, daß er in Beziehung auf die Unfallgesetz-Novelle den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen werde, so müßten es doch die Arbeiter machen wie die Agrarier, die so lange schreien, bis sie gehört und ihre Forderungen erfüllt werden. Zum Beweise dessen, daß eine rege Agitation wohl im Stande ist, auf die Beschlüsse des Reichstages einzuwirken, verwies Redner auf die Bewegung, die die Tabakarbeiter seinerzeit gegen die drohende Tabaksteuer-Vorlage mit Erfolg in Szene gesetzt haben, und schlug folgende Resolution vor:

„Die Versammlung erklärt, daß die deutsche Reichsregierung und der deutsche Reichstag verpflichtet sind, im Interesse der baugewerblichen Arbeiter eine Ausgestaltung des Unfallversicherungswesens nach Maßgabe folgender Forderungen auf geglicher Grundlage durchzuführen:

1. Aufhebung der jetzigen absolut zweckwidrigen Organisation der Unfallversicherung und der Feststellung durch die Berufs-genossenschaften.
2. Einführung der obligatorischen, durch das Gesetz ausdrücklich vorgeschriebenen und zu regelnden Unfallversicherung.
3. In Verbindung damit Einführung der obligatorischen regelmäßigen Ueberwachung und Kontrolle sämtlicher Baubetriebe durch aus öffentlichen Mitteln zu besoldende, mit entsprechenden Befugnissen ausgestattete und — wie die Fabrikinspektoren — vom Unternehmertum grundsätzlich unabhängige Beamte.

Mindestens die Hälfte dieser Beamten ist nach gesetzlich vorgeschriebenem Modus, welcher jede Beeinflussung durch Behörden oder Unternehmer ausschließt, von der baugewerblichen Arbeiterschaft frei zu wählen, während die übrigen von den zuständigen Behörden zu ernennen sind, jedoch mit der Maßgabe, daß die Ueberwachung und Kontrolle, sowie die Vorthellung an Feststellung der Art, der Ursachen und Folgen des Unfalles von beiden Beamtenkategorien gemeinsam ausgeübt wird.“

Silberschmidt ging hierauf zur Erläuterung der Resolution über und begründete die Forderung des ersten Punktes damit, daß bei dem jetzigen Modus der Feststellung von Unfällen der Beauftragte der Berufs-genossenschaft in der Regel erst zwei bis drei Tage nach dem Unfall erstarrte, um die Unfallstelle zu besichtigen. Diese Zeit werde dann häufig dazu benutzt, die betreffende Stelle in einen Zustand zu versetzen, der etwaige Unterhaltungsarbeiten des Unternehmers in Beziehung auf Verhütungsmassregeln nicht mehr erkennen lasse, wodurch also die wahren Ursachen des Unfalles verwehrt würden. Redner erzählte einen selbst erlebten Fall, wo ein Steinträger mit einer Wolle Steinen durch eine unbedachte Öffnung gefallen und diese gleich darauf zugebaut worden sei. Als dann später der von der Berufs-genossenschaft Beauftragte zur Besichtigung erschienen sei, habe man ihm eine etwa drei Meter von der Unfallstelle entfernte Öffnung eines Seitenganges als diejenige Stelle bezeichnet, durch welche der Steinträger gestürzt sei. Wäre der betreffende Beamte ein Baufachmann gewesen, dann hätte man ihn unmöglich in so plumper Weise täuschen können. Der § 72 des Unfall-Gesetzes gestalte zwar den Berufs-genossenschaften den Erlaß von Unfallverhütungs-Vorschriften; die nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft habe auch solche herausgegeben, aber nicht in allen Bauten seien sie zu

